



Presse- und Informationsamt  
der Bundesregierung

Jahresbericht der Bundesregierung 2012/2013

# Deutschland auf Kurs



<b>Deutschland auf Kurs</b>
-----------------------------

<b>Jahresbericht der Bundesregierung 2012/2013</b>
--

<b><u>1.</u></b>	<b><u>Arbeitsmarkt und Wirtschaft</u></b>	<b><u>4</u></b>
1.1.	Arbeitsmarkt	4
1.2.	Wirtschaft	5
1.3.	Bürokratieabbau und bürgerfreundliche Verwaltung	8
<b><u>2.</u></b>	<b><u>Euro und Haushalt</u></b>	<b><u>9</u></b>
2.1.	Euro-Stabilisierung	9
2.2.	Neuer Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte	10
2.3.	Haushalt und Steuern	11
<b><u>3.</u></b>	<b><u>Energiewende</u></b>	<b><u>13</u></b>
3.1.	Ausbau erneuerbarer Energie	13
3.2.	Netzausbau und Hochsee-Netzanbindung	14
3.3.	Versorgungssicherheit und Kraftwerksbau	14
3.4.	Energieeffizienz	14
3.5.	Neue Technologien erforschen	15
3.6.	Endlagerung radioaktiver Abfälle	16
3.7.	Elektromobilität	16
<b><u>4.</u></b>	<b><u>Gesellschaft und Soziales</u></b>	<b><u>17</u></b>
4.1.	Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin	17
4.2.	Demografie	17
4.3.	Kinder und Familie	18
4.4.	Frauen	19
4.5.	Ehrenamt und freiwilliges Engagement	19
4.6.	Gesundheit und Pflege	19
4.7.	Rente und Soziales	22
4.8.	Integration	23
4.9.	Sport	24
<b><u>5.</u></b>	<b><u>Bildung und Forschung</u></b>	<b><u>26</u></b>
5.1.	Hohe Priorität für Bildung	26
5.2.	Berufliche Bildung	27
5.3.	Studienförderung	27
5.4.	Forschung	28
<b><u>6.</u></b>	<b><u>Verbraucher</u></b>	<b><u>29</u></b>
6.1.	Informationsrechte	29
6.2.	Finanzen	29
6.3.	Lebensmittel und Ernährung	30

6.4.	Internet und Telefon	31
6.5.	Reisen und Verkehr	32
<u>7.</u>	<u>Umwelt</u>	<u>34</u>
7.1.	Emissionshandel	34
7.2.	Biologische Vielfalt schützen	34
7.3.	Ausgleich für genutzte Flächen	34
7.4.	Initiative „Plastikmüll im Meer“	34
7.5.	Maßnahmen gegen illegalen Holzeinschlag	34
7.6.	Umweltzeichen „Blauer Engel“	35
7.7.	Tierschutz	35
7.8.	Hilfe für die Opfer des Hochwassers	35
<u>8.</u>	<u>Freiheit und Sicherheit</u>	<u>37</u>
8.1.	Maßnahmen gegen Extremismus und Terrorismus	37
8.2.	Erhöhung der Inneren Sicherheit	37
8.3.	Bekämpfung illegaler Einreise	38
8.4.	Recht	38
<u>9.</u>	<u>Deutschland – Partner in der Welt</u>	<u>40</u>
9.1.	Weltweite Verbindungen	40
9.2.	Partner in Europa	40
9.3.	Weltweite Krisenherde	42
9.4.	Sicherheitspolitik	43
9.5.	Beteiligung an internationalen Einsätzen	43
9.6.	Afghanistan	43
<u>10.</u>	<u>Kultur- und Medienpolitik</u>	<u>46</u>
10.1.	Kulturelles Erbe bewahren	46
10.2.	Kultureinrichtungen fördern	47
10.3.	Kulturelle Bildung	47
10.4.	Verbesserung der Medienkompetenz	47
10.5.	Kultur online für alle	48
10.6.	Film und deutsche Filmwirtschaft	48
10.7.	Gedenken und Erinnern	48
10.8.	Weltweite Kulturpolitik: Schaufenster Deutschlands	49

## 1. Arbeitsmarkt und Wirtschaft

### 1.1. Arbeitsmarkt

In Deutschland sind [mehr Menschen erwerbstätig](#) denn je. Im Jahresdurchschnitt 2012 waren es mehr als 41 Millionen Beschäftigte – der höchste Stand seit der Wiedervereinigung. Entsprechend niedrig ist die Arbeitslosenquote mit durchschnittlich 7,6 Prozent. Arbeitslose haben gute Chancen, einen Job zu bekommen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist die niedrigste im europäischen Vergleich.

- **Fachkräftesicherung**

Dem drohenden Fachkräftemangel wirkt die Bundesregierung konkret entgegen: Die [Beschäftigungsverordnung](#) regelt, dass Fachkräfte mit Berufsabschluss aus Nicht-EU-Staaten leichter zuwandern können. Fachkräfte mit ausländischem Berufsabschluss können prüfen lassen, ob er mit einem deutschen Berufsabschluss gleichwertig ist.

Bundesarbeits- und Bundeswirtschaftsministerium sowie die Arbeitsagentur haben eine Kampagne gestartet, die helfen soll, Menschen, die derzeit nicht erwerbstätig sind, zu aktivieren – etwa Ältere, Frauen, Arbeitslose und Ausländer. Im Portal der [Fachkräfteoffensive im Internet](#) finden Bürger sowie Unternehmen dazu Informationen. Ausländische Fachkräfte können sich auf der Internetseite <http://www.make-it-in-germany.com/> über Möglichkeiten informieren, in Deutschland zu arbeiten. Die Bundesregierung bilanziert die Fachkräftestrategie in jährlichen [Fortschrittsberichten](#).

- **Anerkennungsgesetz**

Das [Anerkennungsgesetz](#) erleichtert vielen Menschen den Weg in eine Beschäftigung, die ihren Qualifikationen entspricht. Seit Inkrafttreten des Gesetzes im April 2012 wurden bereits rund 30.000 Anträge auf Anerkennung gestellt – die meisten erfolgreich.

- **Hochqualifizierten-Richtlinie: Blaue Karte EU**

Mit der „[Blauen Karte EU](#)“ erhalten Akademiker aus Drittstaaten seit dem 1. August 2012 einen leichteren Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Sie müssen einen Arbeitsvertrag mit einem Arbeitgeber in Deutschland vorlegen und derzeit mindestens 46.400 Euro pro Jahr verdienen.

- **Wegfall Freizügigkeitsbescheinigung**

Seit Anfang 2013 ist die sogenannte [Freizügigkeitsbescheinigung](#) für EU-Bürger abgeschafft. Erforderlich ist nur noch eine Anmeldung bei den deutschen Meldebehörden.

- **Mindestlöhne**

In zwölf Branchen mit insgesamt über vier Millionen Arbeitnehmern sind inzwischen [Mindestlöhne](#) festgeschrieben. Die Tarifpartner haben sie ausgehandelt, und die Bundesregierung hat sie gemäß Arbeitnehmerentsendegesetz und

Arbeitnehmerüberlassungsgesetz für verbindlich erklärt. Bei Schornsteinfegern gibt es einen Mindestlohn für Auszubildende.

- **Höhere Verdienstgrenzen für geringfügig Beschäftigte**

Seit dem 1. Januar 2013 gilt eine erhöhte [Verdienstgrenze für geringfügig Beschäftigte](#). Die Entgeltgrenze für Minijobber steigt von 400 Euro auf 450 Euro, für Midijobber von 800 auf 850 Euro. Minijob-Verhältnisse sind in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig. Auf Antrag können sich Minijobber von der Rentenversicherungspflicht befreien lassen.

- **Förderung der beruflichen Mobilität**

Jugendliche aus EU-Staaten, die - wie Griechenland oder Spanien - von der Finanzkrise besonders stark betroffen sind, können in Deutschland eine Ausbildung aufnehmen oder im Beruf arbeiten. Das [Sonderprogramm](#) zur Förderung der beruflichen Mobilität ausbildungsinteressierter Jugendlicher und arbeitsloser junger Fachkräfte aus Europa räumt dafür Hemmnisse aus dem Weg. Bis 2016 stehen bis zu 140 Millionen Euro zur Verfügung, vorrangig für Sprachkurse.

Die Pilotinitiative „Dein erster „[EURES-Job](#)““ fördert eine grenzüberschreitende Tätigkeit im EU-Raum. Auf Antrag gibt es einen Zuschuss von bis zu 300 Euro für ein Bewerbungsgespräch, bei Arbeitsaufnahme maximal 900 Euro für Sprachkurse. Kleine und mittlere Unternehmen können für Neueinstellungen für mindestens sechs Monate bis zu 900 Euro beantragen. 2013 sollen so 5.000 junge Erwachsene einen Arbeitsplatz finden.

## 1.2. Wirtschaft

Wettbewerbsfähigkeit auf Weltniveau, Wachstum, steigende Einkommen, Rekordbeschäftigung - auch in schwierigen Zeiten: So präsentiert sich die [deutsche Wirtschaft](#) im Frühjahr 2013. Vor allem die privaten Konsumausgaben sorgen für konjunkturelle Dynamik, und das alles bei einer moderaten Preisentwicklung. Deutschland ist europaweit am besten aus der Krise gekommen.

- **Mittelständische Unternehmen**

Die Bundesregierung unterstützt die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit mittelständischer Unternehmen mit vielfältigen [Projekten](#). Der Mittelstand ist der wichtigste Innovations- und Technologiemotor. Viele kleine [Unternehmen](#), meist Familienbetriebe, sind mit Hightech-Produkten Weltmarktführer oder Zulieferer für große Unternehmen.

- **Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand**

Das [Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand](#) (ZIM) unterstützt die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen. Diese Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die mit ihnen zusammenarbeiten, können Zuschüsse für anspruchsvolle Forschungs- und Entwicklungsprojekte erhalten. Die Förderung ist auf

allen Technologiefeldern möglich. Das Programmvolumen beträgt 2013 über 500 Millionen Euro.

- **Initiative "Gründerland Deutschland"**

Die [Initiative "Gründerland Deutschland"](#) soll den Gründergeist junger Unternehmer wecken. Es geht darum, das Interesse an der Selbständigkeit zu fördern und die Unterstützung innovativer Neugründungen zu unterstützen. Die Nachfolge in einem mittelständischen Unternehmen anzutreten, bietet gute Chancen. Die Bundesregierung will diese Prozesse erleichtern.

- **Start-up-Offensive**

Die IT- und Hightech-Gründerszene ist der Fortschrittmacher der deutschen Wirtschaft. Deshalb unterstützt die Bundesregierung kreative Köpfe mit gezielten [Förderprogrammen](#) wie [EXIST](#), [German Silicon Valley Accelerator](#) oder [High-Tech Gründerfonds](#). Maßgeschneiderte Hilfe bietet auch eine neue Start-App, die sich speziell an Jungunternehmer aus der IT- und Hightech-Szene richtet. Sie sollen optimale Bedingungen vorfinden, um Unternehmen zu gründen und mit innovativen Ideen Erfolg zu haben. Mit dem neuen "[Investitionszuschuss Wagniskapital](#)" sollen zusätzliche Investitionen in Deutschland mobilisiert werden: Bei einer Beteiligung an einem jungen, innovativen Unternehmen erhält der Investor durch den Zuschuss 20 Prozent der Investitionssumme zurückerstattet.

- **Außenwirtschaftsgesetz modernisiert**

Die Bundesregierung hat das [Außenwirtschaftsgesetz](#) grundlegend vereinfacht. Das kommt vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zugute.

- **Exportkreditgarantien sichern Auslandsgeschäfte ab**

2012 hat die Bundesregierung Auslandsgeschäfte deutscher Firmen mit Exportkreditgarantien ([Hermesdeckungen](#)) von 29,1 Milliarden Euro gesichert. Das ist der dritthöchste Wert bisher. Die Hermesdeckungen sind wichtig für die Exportwirtschaft und die Arbeitsplätze. Sie belasten die Steuerzahler nicht, da sie sich finanziell selbst tragen.

- **Wachstumsschub durch Freihandelsabkommen**

Die Bundesregierung unterstützt das [Freihandelsabkommen](#) zwischen den USA und der EU. Der offizielle Startschuss für die Verhandlungen fiel am 17. Juni. Ein transatlantisches Freihandelsabkommen ist wichtig für mehr Wachstum und Beschäftigung - auf beiden Seiten des Atlantiks.

- **Bedarfsgerechte Rohstoffversorgung sichern**

Deutschland braucht eine nachhaltige und international wettbewerbsfähige [Rohstoffversorgung](#). Deshalb stärkt die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit rohstoffreichen Ländern. Sie stellt interessierten Unternehmen in umfangreichen Studien Möglichkeiten dar, mit diesen Staaten zusammenzuarbeiten, zum Beispiel mit Chile, Kanada, Südafrika. Zudem hat die Bundesregierung ein Explorations-



Förderprogramm aufgelegt, das Unternehmen bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen wie Beryllium, Kobalt, Magnesium, Platinmetalle, seltenen Erden, Tantal und Wolfram unterstützt.

- **Breitbandausbau geht zügig voran**

Deutschland macht beim Ausbau von [Hochgeschwindigkeitsnetzen](#) Fortschritte. Über die Hälfte der Haushalte sind seit Ende 2012 mit einer schnellen Internetverbindung versorgt (mindestens 50 Mbit/s). Anfang 2009 waren es noch weniger als 10 Prozent.

- **Wettbewerbskontrolle**

Die Bundesregierung hat eine Novelle des [Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen](#) auf den Weg gebracht. Es bringt eine Reihe von Verbesserungen. Zum Beispiel bleibt es Mineralölkonzernen verboten, Kraftstoffe an freie Tankstellen zu einem höheren Preis abzugeben als an ihren eigenen Tankstellen. Überhöhte Strompreise müssen die Anbieter künftig an die Verbraucher zurückzahlen, wenn die Behörden das anordnen.

- **Deutsche Einheit**

Die Bundesregierung hat am 26. September 2012 den Jahresbericht zum [Stand der Deutschen Einheit](#) 2012 beschlossen. Kernbotschaft: Der Angleichungsprozess schreitet voran. Um die bisherigen Fortschritte nicht zu gefährden und die noch bestehenden strukturellen Herausforderungen in den neuen Bundesländern bewältigen zu können, benötigt sie weiterhin besondere Förderungen.

- **EU-Strukturförderung für deutsche Regionen bis 2020 gesichert**

Wegen der relativ guten Entwicklung gibt es in Deutschland künftig keine Regionen mehr, die in die höchste Förderkategorie der [EU-Strukturfonds](#) fallen. Bei den Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen bis 2020 ist es der Bundesregierung jedoch gelungen, für die jetzigen Höchstfördergebiete rund 64 Prozent der bisherigen Zuweisungen durch die EU-Strukturfonds zu sichern. Zusammen mit dem Solidarpakt II steht damit der finanzielle Rahmen für die Unterstützung der Entwicklung in den neuen Bundesländern bis 2020 fest. Auch in den westdeutschen Ländern ist weiterhin eine flächendeckende Förderung durch die EU-Strukturfonds möglich.

- **Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik**

Trotz knapper Kassen konnte die Bundesregierung bei den Verhandlungen massive Einschnitte bei den Fördermitteln abwenden und so [Planungssicherheit für Landwirte](#) schaffen. Subventionen sollen künftig stärker an Umwelleistungen gebunden sein, ohne dass wertvolle Anbauflächen stillgelegt werden müssen.

- **Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik**

Deutschland hat sich bei der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik erfolgreich dafür eingesetzt, Nachhaltigkeit als wichtigstes Prinzip der Fischereipolitik fest zu verankern. In Zukunft wird die EU mit der Neuausrichtung der [Fischereipolitik](#) einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Meeres-Ressourcen leisten.

- **Einheitliches Patentgericht**

24 EU-Staaten haben sich darauf verständigt, ein einheitliches [Patentgericht](#) einzurichten. Das einheitliche EU-Patentrecht macht es möglich, den bürokratischen Aufwand zu reduzieren. Es senkt die Kosten um bis zu 80 Prozent und erhöht damit die Wettbewerbsfähigkeit der EU.

### 1.3. Bürokratieabbau und bürgerfreundliche Verwaltung

Die Bundesregierung hat Maßnahmen beschlossen, um die [Bürokratiekosten](#) der Wirtschaft im Vergleich zu 2006 um 25 Prozent netto zu senken. Das bringt der Wirtschaft Einsparungen in Höhe von über 12 Milliarden Euro jährlich. Aktuelle Beispiele sind das E-Government-Gesetz, die Vereinfachung des Reisekostenrechts und die Abschaffung der Praxisgebühr.

- **Moderne Verwaltung: E-Government-Gesetz**

Um mehr Bürgernähe zu erreichen, soll die Verwaltung künftig noch besser elektronisch erreichbar sein und Verwaltungsdienstleistungen „aus einer Hand“ anbieten. Das [E-Government-Gesetz](#) erleichtert die elektronische Kommunikation von Bürgern und Unternehmen mit der Verwaltung.

- **Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes**

Nach der Strukturreform des [Gebührenrechts](#) können sich Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen schnell, einfach und zuverlässig einen Überblick über Gebühren des Bundes verschaffen. Zudem gelten klar berechenbare und verbindliche Vorgaben für die Berechnung der Gebühren. Dadurch wird es in Zukunft mehr Transparenz und Rechtssicherheit im Gebührenrecht geben.

- **Melderecht in Deutschland harmonisiert und fortentwickelt**

Mit dem [Bundesmeldegesetz](#), das am 1. Mai 2015 in Kraft tritt, werden die Daten der Bürgerinnen und Bürger besser geschützt und die Bürokratiekosten erheblich reduziert.

- **Einheitliche Behördennummer 115**

In immer mehr Regionen funktioniert die 115: Rund 300 Kommunen und 88 Bundesbehörden nehmen inzwischen an der [einheitlichen Behördennummer](#) teil. Mit dem Beitritt Mecklenburg-Vorpommerns zur Verwaltungsvereinbarung finanzieren derzeit zwölf Länder den Verbund. Über 26 Millionen Bürgerinnen und Bürger können die 115 bereits anwählen.



## 2. Euro und Haushalt

### 2.1. Euro-Stabilisierung

Ein [stabiler Euro](#) sichert Arbeitsplätze in Deutschland und sorgt für Wachstum und Wohlstand. Der Schlüssel zur Bewältigung der Krise in der Eurozone liegt in einem entschlossenen Reform- und Konsolidierungskurs der einzelnen Mitgliedstaaten. Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten zu stärken.

- **Fiskalvertrag in Kraft**

Der [Fiskalvertrag](#) macht seit dem 1. Januar 2013 den Weg der Haushaltskonsolidierung in Europa unumkehrbar. 25 EU-Länder verankern anspruchsvolle Schuldengrenzen in ihrem nationalen Recht. Im Fiskalvertrag verpflichten sich die Länder zudem dazu, ihre nationale Wirtschaftspolitik stärker zu koordinieren.

- **Euro-Rettungsschirm ESM wirkt**

Am 8. Oktober 2012 hat der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus ([ESM](#)) seine Arbeit aufgenommen. Das Ausleihvolumen beträgt 500 Milliarden Euro. Hilfen erhalten nur die Eurostaaten, die finanz- und wirtschaftspolitische Auflagen erfüllen. Diese Staaten haften auch für die Rückzahlung.

- **Hilfen für Griechenland, Spanien und Zypern**

Die EU hat [Hilfspakete](#) für Griechenland, Spanien und Zypern beschlossen, um eine Gefährdung für die Eurozone insgesamt abzuwenden. Für die Hilfen gilt: Solidität und Solidarität gehören zusammen. Die Länder müssen dafür als Gegenleistung ihre Haushalte konsolidieren und Strukturreformen vorantreiben.

- **Deutschland erfüllt finanz- und wirtschaftspolitische Vorgaben**

Das gesamtstaatliche [Defizit in Deutschland](#) liegt 2013 bei rund einem halben Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die Schuldenquote sinkt. Deutschland hat alle finanzpolitischen Vorgaben voll erfüllt und wird das auch in den Folgejahren bis 2017 schaffen.

- **EU-Haushalt**

Die Staats- und Regierungschefs haben sich im Februar 2013 auf ein neues EU-Budget für die Jahre 2014 bis 2020 geeinigt. Der neue [Mittelfristige Finanzrahmen](#) mit einer Obergrenze von 960 Milliarden Euro stärkt Innovationen und Forschung, Wachstum und Wettbewerb und sorgt für mehr Beschäftigung. Gleichzeitig unterstützt er die Haushaltskonsolidierung und schafft einen gerechteren Ausgleich unter den Nettozahlern.

## 2.2. Neuer Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte

Jedes Produkt, jeder Finanzplatz und jeder Finanzmarktakteur soll festen Regeln unterworfen sein, damit die Finanzwirtschaft ihre dienende Funktion für die Realwirtschaft erfüllt. Die Bundesregierung setzt ihr Regulierungskonzept, einen neuen [Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte](#) zu schaffen, konsequent um.

- **Strengere Kapitalvorschriften für Banken**

Ab 2014 gelten in Deutschland die sogenannten [Basel III-Regeln](#): Banken müssen mehr Eigenkapital vorhalten und sollen sich im Krisenfall aus eigener Kraft stabilisieren und retten können.

- **Europäische Bankenaufsicht einführen**

Voraussichtlich ab Sommer 2014 wird die Europäische Zentralbank in der Eurozone alle großen und systemrelevanten [Banken kontrollieren](#). Ziel ist es, Fehlentwicklungen zu korrigieren, bevor Gefahren für die Eurozone entstehen. Kleine Banken wie die Sparkassen bleiben unter nationaler Aufsicht – eine der Kernforderungen Deutschlands.

- **Finanzsektor an Kosten der Finanzkrise beteiligen**

Die Bundesregierung setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass möglichst viele Staaten eine [Finanztransaktionsteuer](#) mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage und einem niedrigen Steuersatz einführen. Innerhalb der EU engagiert sie sich gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten im Rahmen einer sogenannten „Verstärkten Zusammenarbeit“ dafür. Ziel bleibt eine weltweite Einführung der Steuer.

- **Hochfrequenzhandelsgesetz verhindert extreme Börsen-Szenarien**

Die Bundesregierung reduziert Gefahren und Missbräuche beim [computergestützten Hochfrequenzhandel](#) an deutschen Börsen. Mit dem Gesetz wird für Händler eine Zulassungspflicht mit strengen Anforderungen eingeführt. Die Vorschriften des Gesetzes sollen gravierenden Kursschwankungen entgegenwirken.

- **Trennbankengesetz: Riskante Geschäfte abtrennen**

Banken müssen künftig ihre eigenen [riskanten Geschäfte](#) vom Kundengeschäft trennen, wenn sie bestimmte Schwellenwerte überschreiten. Das stärkt ihre Zahlungsfähigkeit und stabilisiert die Finanzmärkte. Außerdem sieht das Gesetz Sanierungs- und Abwicklungspläne für Kreditinstitute vor.

- **Neue Regeln für den Derivate-Markt**

Bestimmte [Derivate-Geschäfte](#) müssen über zentrale Stellen abgewickelt und in Transaktionsregistern dokumentiert werden. Dies verringert Ansteckungsgefahren und gibt der Finanzmarktaufsicht einen besseren Überblick über Aktivitäten und Risiken in diesem Bereich.

- **Finanzmarktkonglomerate beaufsichtigen**

Die Bundesregierung hat die [Aufsicht über Finanzkonglomerate verschärft](#). Das sind Gruppen, die aus mehreren Unternehmen bestehen, etwa aus dem Banken- und dem

Versicherungssektor. Ziel ist es, spezifische Gruppenrisiken dieser Unternehmen zu überwachen.

- **Fonds beaufsichtigen**

Sämtliche Arten von Investmentfonds und ihre Verwalter kommen unter [Finanzaufsicht](#). Dazu gehören zum Beispiel offene Immobilienfonds und Hedgefonds.

- **Regeln für grauen Kapitalmarkt**

Für das Anbieten und den Vertrieb von „[Graumarktprodukten](#)“ wie geschlossenen Immobilienfonds oder Schiffsfonds gelten neue Pflichten: Seit Juni 2012 unterliegen Verkaufsprospekte einer strengen Prüfung der Vollständigkeit, Kohärenz und Widerspruchsfreiheit durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Beim Vertrieb dieser Produkte durch Banken und gewerbliche Finanzanlagenvermittler gelten dieselben hohen Anforderungen wie beim Vertrieb von anderen Finanzinstrumenten.

### 2.3. Haushalt und Steuern

- **Stabiler Bundeshaushalt**

Der [Konsolidierungskurs](#) trägt Früchte: Der Bund hält bereits 2012 und 2013 klar die Obergrenze der Schuldenbremse von 0,35 Prozent an struktureller Neuverschuldung ein. Das Grundgesetz verlangt die Einhaltung dieser Obergrenze erst ab 2016. Die Bundesregierung hat dieses Ziel also bereits vier Jahre früher erreicht. 2014 wird der Bund weniger ausgeben als 2010. Damit gelingt es, das so genannte strukturelle Finanzierungsdefizit auf null zu reduzieren - von 46 Milliarden Euro im Jahr 2010. Die Nettoneuverschuldung ist mit 6,2 Milliarden Euro die niedrigste seit 40 Jahren. Ab 2015 sieht die Haushaltsplanung des Bundes keine Neuverschuldung mehr vor, sondern den Einstieg in die Schuldentilgung.

- **Grundfreibetrag erhöht**

Der [steuerliche Grundfreibetrag](#) – der Betrag des zu versteuernden Einkommens, bis zu dem keine Einkommensteuer anfällt – ist zum 1. Januar 2013 auf 8.130 Euro gestiegen und wächst ab 2014 auf 8.354 Euro.

- **Gleichstellung von Lebenspartnerschaften**

Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen haben das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum [Ehegattensplittung](#) umgesetzt. Eingetragene Lebenspartner und Verheiratete werden im Einkommensteuergesetz gleichgestellt.

- **Altersvorsorge wird attraktiver**

Die private [Altersvorsorge](#) wird attraktiver und transparenter: Mehr Flexibilität und Attraktivität gibt es nun bei der Eigenheimrente. Das sogenannte „Wohn-Riester-Modell“ funktioniert deutlich einfacher. So gibt es jetzt die Möglichkeit, schon in der Ansparphase Kapital zu entnehmen. Außerdem werden auch Umbauten zur Barrierefreiheit in die Eigenheim-Förderung einbezogen.

Für mehr Transparenz und Verbraucherschutz sorgt die Bundesregierung mit einem neuen Produktinformationsblatt zum besseren Angebotsvergleich.

- **Weitere Änderungen im Jahressteuergesetz 2013**

Das Taschengeld beim Bundesfreiwilligendienst und der reine Wehrsold bleiben steuerfrei.

[Lohnsteuerfreibeträge](#) können für zwei Jahre eingetragen werden. Das ist eine Vereinfachung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

- **Steuerliche Anreize zur Förderung der Elektromobilität**

Reine Elektrofahrzeuge aller Fahrzeugklassen - einschließlich Brennstoffzellenfahrzeuge - fahren für [zehn Jahre KFZ-steuerfrei](#).

Bei der [Dienstwagenbesteuerung](#) (Einkommensteuergesetz) wird ab dem 1. Januar 2013 der Nachteil des derzeit höheren Listenpreises von Elektro-, Elektrohybrid- und Brennstoffzellenfahrzeugen gegenüber Autos mit Verbrennungsmotor ausgeglichen.

- **Steuerschlupflöcher schließen**

Die Bundesregierung [schließt Steuerschlupflöcher](#). Diese Steuergestaltungsmodelle – unter anderem das sogenannte „Goldfinger“-Modell - haben dem Staat jährlich Einnahmeverluste in schätzungsweise dreistelliger Millionenhöhe beschert.

- **Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen**

Der Kampf gegen [Steuerhinterziehung](#) und Steueroasen ist eine Daueraufgabe. 2011 hat die Bundesregierung die gesetzlichen Regeln zur strafbefreienden Selbstanzeige deutlich verschärft. Sowohl innerhalb der EU als auch zwischen Drittstaaten und den EU-Mitgliedstaaten soll der steuerliche Informationsaustausch ausgebaut und intensiviert werden. Der [Europäische Rat](#) vom 22. Mai 2013 hat weitere Fortschritte gebracht.

### 3. Energiewende

Der Umbau der Energieversorgung kommt auf allen Ebenen voran. Das belegt der erste [Monitoringbericht](#) zur Energiewende 2012. Schon heute stammt fast ein Viertel unseres Stroms aus Wind, Sonne, Biomasse oder Wasser. Es zeichnet sich ab, dass das [Ausbauziel](#) für 2020 bereits 2016 erreicht ist. Der Strombedarf kann dann zu einem guten Drittel aus erneuerbaren Energien gedeckt werden.

#### 3.1. Ausbau erneuerbarer Energie

- **Ausbau und Effekte der erneuerbaren Energien**

Der Anteil erneuerbarer Energien beträgt:	2012	2011
- am gesamten Endenergieverbrauch – Strom, Wärme und Kraftstoffe	12,6 Prozent	12,1 Prozent
- am Bruttostromverbrauch	22,9 Prozent	20,5 Prozent
- am Endenergieverbrauch für Wärme	10,4 Prozent	10,4 Prozent
- am Kraftstoffverbrauch	5,5 Prozent	5,5 Prozent
- bei der Vermeidung von Treibhausgasemissionen	146 Millionen Tonnen	134 Millionen Tonnen
- bei Investitionen	19,5 Milliarden Euro	23,2 Milliarden Euro

- **EEG-Umlage**

Die Förderung der erneuerbaren Energien, das ist die pro Kilowattstunde berechnete [EEG-Umlage](#), ist 2013 auf 5,28 Cent pro Kilowattstunde gestiegen. Das war notwendig, weil sich der Ausbau der erneuerbaren Energien schneller entwickelt und noch Förderkosten aus dem Jahr 2012 zu decken waren. Um den Kostenanstieg zu dämpfen, hat die Bundesregierung 2012 die Einspeisevergütung für neue Photovoltaik-Anlagen verringert. Zugleich hat sie festgelegt, dass die Förderung für Neuanlagen endet, sobald 52 Megawatt Leistung installiert sind. Eine weitere Reform der Förderung ist vorgesehen.

- **Wärme- und Kältenutzung**

In den ersten drei Jahren seit Bestehen des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes ist der Ausbau erneuerbarer Energien zur [Wärme- und Kältenutzung](#) vorangekommen. Das zeigt der Erfahrungsbericht vom Dezember 2012. Er enthält auch Handlungsempfehlungen und Optionen zur Weiterentwicklung des Gesetzes.

### 3.2. Netzausbau und Hochsee-Netzanbindung

- **Netzausbau**

Immer mehr Strom muss aus den windstarken Gebieten im Norden über weite Strecken zu Verbrauchern im Süden und Westen transportiert werden. Neue Netze sind daher dringend notwendig. Bis 2022 sind rund 2.800 km neue [Übertragungsleitungen](#) zu errichten und rund 2.900 km bestehende Trassen umzurüsten. Insbesondere drei Gesetze bilden die Grundlage für den weiteren Ausbau der Stromnetze: Das novellierte Energiewirtschaftsgesetz, das neue Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) und das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG). Im Mittelpunkt der Ausbauplanung steht der nationale Netzentwicklungsplan Strom, der regelmäßig fortgeschrieben wird. Mit diesen Instrumenten werden Planungs- und Genehmigungsverfahren zum Netzausbau schneller und transparenter. Und Bürgerinnen und Bürger sollen besser beteiligt werden.

- **Hochsee-Netzanbindung**

Eine technische, finanzielle und logistische Herausforderung besonderer Art ist die Anbindung der [Hochsee-Windparks](#). Wegen Rechtsunsicherheiten und Haftungsrisiken kam es zu erheblichen Verzögerungen bei der sogenannten Offshore-Netzanbindung. Hier helfen nun neue Bestimmungen im Energiewirtschaftsrecht. Zudem schafft ein „Netzentwicklungsplan Offshore“ zusätzlich Planungssicherheit für Netzbetreiber, Betreiber von Offshore-Windanlagen und die Zulieferindustrie.

### 3.3. Versorgungssicherheit und Kraftwerksbau

Die [Versorgungssicherheit](#) ist für die Volkswirtschaft in Deutschland von überragender Bedeutung. Um die gewohnt hohe Versorgungssicherheit auch in Zeiten der Energiewende zu gewährleisten, hat die Bundesregierung zusätzliche Vorkehrungen getroffen. Anfang 2013 sind neue Bestimmungen in Kraft getreten, nach denen Kraftwerksbetreiber zum Beispiel Stilllegungspläne zwölf Monate im Voraus ankündigen müssen. Ergänzend hat das Kabinett am 12. Juni 2013 die sogenannte Reservekraftwerksverordnung verabschiedet. Diese Maßnahmen sind bis 2017 befristet.

- **Energie doppelt nutzen: Kraft-Wärme-Kopplung**

Die Bundesregierung hat 2012 die Förderung von Anlagen der [Kraft-Wärme-Kopplung](#) (KWK) weiter verbessert. Sie ist für alle Anlagengrößen um 0,3 ct/kWh gestiegen. Für neue Wärmenetze gibt es einen Zuschlag von bis zu 40 Prozent der Investitionen. Neu eingeführt hat die Bundesregierung die Förderung von Wärmespeichern mit bis zu 30 Prozent der Investitionskosten.

### 3.4. Energieeffizienz

- **Energieberatung**

Die Bundesregierung hat die Förderung von Informations- und Beratungsangeboten für Haushalte und Betriebe ausgebaut. Seit Juli 2012 erhalten Bewohner eines Ein- oder



Zweifamilienhauses für eine [Energieberatung](#) einen Zuschuss von bis zu 400 Euro. Thermografische Untersuchungen werden mit bis zu 100 Euro unterstützt.

- **Energie-Checks**

Die Energieberatung der Verbraucherzentralen bietet „[Energie-Checks](#)“ für Haushalt, Gebäude und Haustechnik. Durch die Förderung kostet sie für private Haushalte 10 bis 30 Euro, für einkommensschwache Haushalte ist sie kostenlos.

- **Mittelstandsinitiative Energiewende**

Die von der Bundesregierung geförderte „[Mittelstandsinitiative Energiewende](#)“ unterstützt kleine und mittlere Unternehmen, Energieeinsparpotenziale in den Betrieben auszuschöpfen. Sie gewährt Zuschüsse zu den Beratungskosten in Höhe von 80 Prozent (erste Beratung) und 60 Prozent (Detailberatung).

- **Energieeffizienzfonds**

Im Oktober 2012 ist im Rahmen des [Energieeffizienzfonds](#) ein weiteres Programm gestartet, mit dem die Bundesregierung beispielsweise den Austausch alter, ineffizienter Motoren, Pumpen oder Druckluftsysteme fördert. Das Programm nennt sich "Investitionszuschüsse zum Einsatz hocheffizienter Querschnittstechnologien im Mittelstand". Auch die Förderung energieeffizienter Kälte- und Klimaanlage plus Beratung hilft den Betrieben, die Energiekosten deutlich zu senken.

- **Spitzenausgleich**

Unternehmen des produzierenden Gewerbes erhalten den „[Spitzenausgleich](#)“ – eine Entlastung bei der Strom- und Energiesteuer – nur noch, wenn sie ihre Energieeffizienz verbessern. Einsparpotenziale zeigen dabei sogenannte Energiemanagementsysteme auf, die die Unternehmen einführen sollen.

- **Energetische Gebäudesanierung**

Die Bundesregierung hat das Programm zur [energetischen Gebäudesanierung](#) 2012 bis 2014 um 300 Millionen auf 1,8 Milliarden Euro im Jahr erhöht. Einzelzuschüsse der KfW-Bank von bis zu 5.000 Euro sollen Hausbesitzer zur besseren Dämmung von Gebäuden anregen.

- **Neues Mietrecht fördert energetische Sanierung**

Das [neue Mietrecht](#) erleichtert energiesparende und klimafreundliche Modernisierungen, indem es unter anderem die Dämmung vermieteter Wohnungen erleichtert. Der Mieter kann die Miete nicht mehr mindern, wenn seine Wohnung gedämmt wird, profitiert aber in der Regel durch niedrigere Heizkosten.

### 3.5. Neue Technologien erforschen

- **Sechstes Energieforschungsprogramm**

Das 6. [Energieforschungsprogramm](#) von August 2011 hat auch 2012 Fördermittel für viele Projekte zur Verfügung gestellt. Schwerpunkte sind erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Energiespeicher, Netztechnik, Integration erneuerbarer Energien sowie

das Zusammenwirken dieser Technologien. Für die Schwerpunktthemen „Zukunftsfähige Stromnetze“ und „Energiespeicher“ hat die Bundesregierung zwei Förderinitiativen geschaffen.

- **Speichertechnologien**

Die Bundesregierung fördert 60 innovative Forschungsprojekte mit der gemeinsamen Förderinitiative „Energiespeicher“. Damit unterstützt sie notwendige technologische Entwicklungen, um eine schnellere Markteinführung [neuer Energiespeicher](#) zu erreichen. Im Fokus stehen dabei „Wind-Wasserstoff-Kopplung“ und „Batterien in Verteilnetzen“. Hierbei geht es um die Kopplung von Batteriespeichern mit dezentralen Erneuerbare-Energien-Anlagen, insbesondere Photovoltaik-Anlagen, sowie um thermische Speicher.

- **Speicherung von Kohlendioxid**

Mit dem „[CCS-Gesetz](#)“ (Carbon Capture and Storage) hat die Bundesregierung die Voraussetzungen geschaffen, um neue Technologien zur unterirdischen Speicherung von CO<sub>2</sub> unter Auflagen zu erforschen. Der Stand der technologischen Entwicklung soll 2017 überprüft werden.

### 3.6. Endlagerung radioaktiver Abfälle

Die sichere Entsorgung und [Endlagerung radioaktiver Abfälle](#) gehört zu den großen generationsübergreifenden Aufgaben.

Im April 2013 hat das Bundeskabinett den Entwurf für ein Standortauswahlgesetz beschlossen. Es legt die Grundlage für eine ergebnisoffene und transparente Suche nach einem Standort für die Endlagerung von Atommüll. Der Bundesrat hat am 5. Juli zugestimmt.

Ein bereits im April 2013 in Kraft getretenes Gesetz regelt die Zukunft der [Schachtanlage Asse II](#). Der radioaktive Abfall in der Asse soll so schnell wie möglich geborgen werden. Neben Vereinfachungen im Genehmigungsverfahren wird es in Zukunft möglich sein, Aufträge schneller zu erteilen.

### 3.7. Elektromobilität

Seit Anfang 2013 können sich Interessierte in den „[Schaufenstern Elektromobilität](#)“ über Fahren mit Elektromotor informieren. Dabei geht es um vier regionale Demonstrations- und Pilotprojekte. Die Schaufenster fördern den Ideenwettbewerb zwischen Regionen und Unternehmen und bieten der technologischen Leistungsfähigkeit deutscher Unternehmen eine öffentliche Bühne. Elektromobilität und ihre Praxistauglichkeit werden im Alltag sichtbar. Die Bundesregierung stellt für die Schaufenster Fördermittel in Höhe von insgesamt 180 Millionen Euro bereit.

## 4. Gesellschaft und Soziales

### 4.1. Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin

„Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben?“, „Wovon wollen wir leben?“, „Wie wollen wir lernen?“ – das waren die Fragen, die Bundeskanzlerin Merkel in ihrem [Zukunftsdialog](#) den Bürgerinnen und Bürgern sowie über 130 Experten gestellt hat. Im Frühjahr 2011 hatte der Dialog begonnen, im August 2012 übergaben die Experten bei der Abschlussveranstaltung im Bundeskanzleramt der Bundeskanzlerin ihren Ergebnisbericht.

Der Bürgerdialog erfreute sich einer großen Resonanz: etwa 11.600 Vorschläge und über 75.000 Kommentare allein in den zehn Wochen der Vorschlagsphase. Bis Mitte Juni 2013 sind insgesamt 98.947 Kommentare veröffentlicht worden, die Internetseite verzeichnet mehr als 2.5 Millionen Besuche.

Seitdem die Vorschläge vorliegen, läuft die Prüfung mit Blick auf eine mögliche Umsetzung. Einige Vorschläge wurden bereits aufgegriffen, so etwa eine bessere Anerkennung für das Ehrenamt, die „Allianz für Menschen mit Demenz“ oder das Präventionsgesetz. Auch der Familiengipfel der Bundesregierung im März 2013 und das 1. Internationale Deutschlandforum im Juni 2013 gehen auf Vorschläge aus dem Zukunftsdialog zurück. Ein elektronischer Infobrief sowie der [Blog des Zukunftsdialogs](#) informieren regelmäßig über die Umsetzungsschritte.

### 4.2. Demografie

Mit ihrer [Demografiestrategie](#) entwickelt die Bundesregierung einen ressort- und ebenenübergreifenden Gesamtansatz zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels.

- **Demografiegipfel**

Der [1. Demografiegipfel](#) vom Oktober 2012 war Auftakt eines breit angelegten Dialogs zwischen Bund, Ländern und Kommunen ebenso wie mit Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Gesellschaft. Neun Arbeitsgruppen wurden beauftragt, Lösungsansätze für die Gestaltung des demografischen Wandels zu erarbeiten, unter anderem in den Bereichen Fachkräftesicherung, Stärkung der Zeitsouveränität von Familien, Förderung von Bildungsbiografien, selbstbestimmtes Leben im Alter und Unterstützung besonders betroffener Regionen.

Auf dem [2. Demografiegipfel](#) im Mai 2013 haben diese Arbeitsgruppen erste konkrete Maßnahmen präsentiert. Bundesregierung und Gestaltungspartner haben verabredet, den Dialogprozess fortzusetzen.

- **Wissenschaftsjahr 2013 Demografie**

Das [Wissenschaftsjahr 2013](#) – „Die demografische Chance“ – nimmt Untersuchungs- und Lösungsansätze aus Wissenschaft und Forschung in den Blick, die zu Verständnis und Gestaltung des demografischen Wandels beitragen können.

#### 4.3. Kinder und Familie

Ab August 2013 haben alle Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf einen [Platz in der Kindertagesbetreuung](#).

- **Zusätzliche Mittel für Kita-Ausbau bewilligt**

Um 30.000 zusätzliche [Betreuungsplätze](#) einzurichten, stellt der Bund 2013 weitere 580,5 Millionen Euro bereit. Insgesamt beteiligt sich der Bund damit von 2008 bis 2014 mit rund 5,4 Milliarden Euro an den Ausbaurkosten (Investitions- und Betriebskosten) für Kinderbetreuungsplätze in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege. Ab 2015 beträgt der Bundesanteil an den Betriebskosten jährlich 845 Millionen Euro.

- **Bau von Kindergärten erleichtert**

Künftig sind Kindergärten und [Kitas in reinen Wohngebieten](#) grundsätzlich zulässig - wenn die Größe der Kita der Größe des Wohngebietes angemessen ist. Dadurch soll zusätzlicher Autoverkehr vermieden werden. Kinder aus anderen Wohnvierteln sind weiterhin willkommen.

- **Betreuungsgeld**

Eltern, die ihre ein- und zweijährigen Kinder selbst betreuen oder privat betreuen lassen, erhalten künftig [Betreuungsgeld](#). Ab dem 1. August 2013 beträgt es 100 Euro im Monat für Kinder ab dem 2. Lebensjahr, ab dem 1. August 2014 dann 150 Euro im Monat für jedes Kind im 2. und 3. Lebensjahr.

- **Opferschutz verbessert**

Die Bundesregierung hat die [Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs](#) gestärkt. Neue Regelungen sorgen für besseren Opferschutz. Zivilrechtliche Schadensersatzansprüche lassen sich künftig 30 statt bislang drei Jahre lang geltend machen. Sind Kinder betroffen, beginnt die Verjährungsfrist erst ab dem Alter von 21 Jahren.

- **Start des Hilfsfonds für Opfer sexuellen Kindesmissbrauchs**

Für Menschen, die in der Vergangenheit Opfer sexuellen Kindesmissbrauchs im familiären Umfeld wurden, hat die Bundesregierung den „[Fonds Sexueller Missbrauch](#)“ eingerichtet. 50 Millionen Euro stellt der Bund zur Verfügung, um Leistungen zu gewähren, die von den sozialen Sicherungssystemen nicht finanziert werden.

- **Reform der elterlichen Sorge**

Seit Mai 2013 können Väter, die nicht mit der Mutter des Kindes verheiratet sind, das [Sorgerecht](#) leichter erhalten. Im Mittelpunkt steht das Wohl des Kindes.

- **Sternenkinderregelung**

Eltern von sogenannten „[Sternenkindern](#)“ – also Kindern, die mit einem Gewicht von weniger als 500 Gramm tot geboren wurden – haben jetzt erstmals die Möglichkeit, die Geburt beim Standesamt dokumentieren zu lassen und ihrem Kind damit offiziell eine Existenz zu geben.

#### 4.4. Frauen

- **Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen gestartet**

Das [Hilfetelefon](#) "Gewalt gegen Frauen" schafft ein bundesweites und rund um die Uhr erreichbares Hilfeangebot für Frauen, die von Gewalt betroffen sind.

- **Vertrauliche Geburt**

Das Gesetz zur Regelung der [vertraulichen Geburt](#) schafft eine rechtssichere Alternative zu anonymer Geburt und Babyklappen.

#### 4.5. Ehrenamt und freiwilliges Engagement

- **Mehr Anerkennung fürs Ehrenamt**

Die abgabenfreie Übungsleiterpauschale ist um 300 Euro auf 2.400 Euro jährlich, die allgemeine Ehrenamtpauschale um 220 auf 720 Euro erhöht worden. Damit unterstützt die Bundesregierung die [Arbeit der Ehrenamtlichen](#) noch stärker als bisher.

Einzelheiten zur Stärkung des Ehrenamtes finden sich in der „[Helferfibel](#)“.

- **Erfolgsmodell Bundesfreiwilligendienst**

Der neue [Bundesfreiwilligendienst](#) ist ein Erfolgsmodell. Erstmals ist ein gesetzlich geregelter Freiwilligendienst auch für Menschen über 27 Jahre offen. Zur Zeit sind gut 20 Prozent der Bundesfreiwilligen älter als 50.

#### 4.6. Gesundheit und Pflege

- **Patientenrechte gestärkt**

Die Bundesregierung hat die [Rechte der Patienten](#) gegenüber Ärzten gestärkt und in einem Gesetz gebündelt. Ärzte müssen die Patienten verständlich über Risiken, Alternativen und Kosten einer Behandlung aufklären. Bei Verdacht auf Behandlungsfehler unterstützt die Krankenkasse den Patienten. Bei groben Behandlungsfehlern muss der Arzt sein Vorgehen rechtfertigen.

- **Praxisgebühr abgeschafft**

Patienten zahlen seit Januar 2013 keine [Praxisgebühr](#) mehr. Für die Patienten bedeutet das eine Entlastung um insgesamt 1,8 Milliarden Euro pro Jahr, für Ärzte und Zahnärzte sowie Notfallambulanzen der Krankenhäuser weniger Bürokratie und mehr Zeit für die Versorgung ihrer Patienten.

- **Bessere Leistungen und mehr Wahlfreiheit bei Pflege und Demenz**

Seit Januar 2013 gibt es höhere [Leistungen vor allem für Menschen mit Demenz](#).

Zudem haben Pflegebedürftige und deren Angehörige mehr Wahlmöglichkeiten bei den Pflegeleistungen. So können sie die Leistungen auf den Bedarf zuschneiden. Menschen mit Demenz können für zusätzliche Betreuungsleistungen erstmals zwischen Pflegegeld oder Pflegesachleistungen wählen. Außerdem können alle Pflegebedürftigen neben Pauschalleistungen auch individuell Leistungen nach Zeitbedarf auswählen. Damit ältere Menschen länger in ihrem häuslichen Umfeld bleiben können, werden selbstorganisierte Wohngemeinschaften gefördert. Auch die Angehörige erhalten Unterstützung.

- **Für den Pflegefall vorsorgen mit staatlicher Förderung**

Wer auch privat für den Fall der Pflegebedürftigkeit vorsorgt, kann staatliche Unterstützung erhalten. Bei Abschluss einer freiwilligen privaten Pflege-Zusatzversicherung gibt es für Versicherte seit dem 1. Januar 2013 eine Zulage von 60 Euro jährlich. Alle Bürger können eine solche Versicherung zur [Pflegezusatzvorsorge](#) abschließen, unabhängig von einer Vorerkrankung.

- **Gute Pflege braucht gutes Personal**

Die Bundesregierung hat eine [Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive](#) gegen den Fachkräftemangel in der Pflege gestartet. Ziel ist es unter anderem, dass sich stufenweise jährlich zehn Prozent mehr für einen Beruf in der Pflege entscheiden. Durch das Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege wird eine dreijährige Umschulung zur Altenpflegekraft wieder voll finanziert.

- **Neue Regeln für Organspende**

Seit dem 1. November 2012 soll jeder Erwachsene in Deutschland regelmäßig von seiner Krankenkasse oder Krankenversicherung befragt werden, ob er nach seinem Tod Organe spenden möchte oder nicht. Die Qualitäts- und Sicherheitsstandards für [Organ Spenden](#) wurden erhöht. Als Konsequenz aus den Unregelmäßigkeiten bei der Organvergabe an einigen Kliniken wurde zudem die staatliche Kontrolle der beteiligten Institutionen erhöht und die Richtlinien zur Organvergabe verschärft. Wer Wartelisten für die Organspende manipuliert, kann zukünftig mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren bestraft werden.

- **Strenge Voraussetzungen für vorgeburtliche Diagnostik**

Die Verordnung zur [Präimplantationsdiagnostik](#) (PID) legt fest, dass Zentren, die PID anbieten, speziell ausgebildetes Personal haben und strenge technische Voraussetzungen erfüllen müssen. Außerdem prüfen unabhängige Ethikkommissionen die Anträge auf eine PID.

- **Neue Ausbildung zum Notfallsanitäter**

In Deutschland arbeiten rund 40.000 Rettungsassistenten im Rettungsdienst. Künftig heißt der Beruf "[Notfallsanitäter](#)". Ihre Ausbildung verknüpft jetzt besser Theorie und Praxis. Für die praktische und theoretische Ausbildung gibt es Qualitätsanforderungen.



Die neue Ausbildung dauert drei statt bisher zwei Jahre und wird für die gesamte Dauer vergütet.

- **Mehr Vorsorge gegen Krebs**

Künftig gibt es [organisierte Vorsorgeprogramme](#) für Darm- und Gebärmutterhalskrebs. Die Krankenkassen laden regelmäßig dazu ein. Um detaillierte Informationen zu Krebserkrankungen zu gewinnen, werden flächendeckend klinische Krebsregister eingerichtet.

- **Notdienst der Apotheken in der Fläche wird besser honoriert**

Die Apotheken erhalten in Zukunft für [Notdienste](#) zwischen 20 Uhr und 6 Uhr mehr Geld. Das stärkt insbesondere die Landapotheken, die häufig Notdienste leisten. Ziel ist, dass die Menschen weiterhin überall auch nachts, an Wochenenden und Feiertagen schnell notwendige Medikamente erhalten.

- **Prävention wird gefördert**

Die Krankenkassen werden verpflichtet, die Ausgaben für [Prävention](#) von drei auf sieben Euro für jeden Versicherten zu erhöhen. Zwei Euro sollen künftig in die betriebliche Gesundheitsförderung gehen. Arbeitgeber und Kassen können beispielsweise Gruppentarife vereinbaren.

- **Korruption bekämpfen**

Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass eine Behandlung ausschließlich nach medizinischen Maßstäben stattfindet. Finanzielle Interessen des Arztes oder anderer Leistungserbringer dürfen keine Rolle spielen. Hierfür wird das Sozialgesetzbuch so angepasst, dass Bestechlichkeit und [Bestechung unter Strafe](#) stehen. Korruptes Verhalten von Leistungserbringern kann jetzt mit Geld- oder Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren geahndet werden.

- **Krankenhäuser entlastet**

Die Bundesregierung [entlastet Krankenhäuser](#) in 2013 und 2014 um insgesamt rund 1,1 Milliarden Euro. Außerdem legt sie ein Hygiene-Förderprogramm auf, um Krankenhausinfektionen mit mehr und speziell weitergebildeten Mitarbeitern besser bekämpfen zu können.

- **Überforderung bei Beitragsschulden beseitigt**

Versicherte, die ihre Krankenkassenbeiträge nicht mehr zahlen können, sollen künftig vor [Überschuldung](#) geschützt werden. Ausstehende Beiträge können erlassen werden. Der Säumniszuschlag bei Beitragsschulden soll von fünf Prozent auf ein Prozent für jeden angefangenen Monat sinken. Die private Krankenversicherung führt einen Notlagentarif ein.

- **Assistenzpflege auch in der Reha**

Unterstützung für schwerbehinderte Menschen - [Assistenzpflege](#) genannt - erhalten Betroffene nun auch während einer Reha. Das Pflegegeld und die Hilfe zur Pflege zahlt die Kasse für die gesamte Dauer der stationären Vorsorge und Reha.

- **Medizinprodukte sollen sicher sein**

Seit Januar 2013 werden [Medizinprodukte besser überwacht](#). Die Bundesregierung hat die Rahmenbedingungen für eine bundeseinheitliche, qualitätsgesicherte Überwachung durch die Länder festgelegt. Die Bundesländer haben dafür eine zentrale Koordinierungsstelle eingerichtet.

- **Bessere und sichere Arzneimittelversorgung**

Durch erhöhte Anforderungen an Hersteller und Händler wird die Lieferkette besser vor [gefälschten Arzneimitteln](#) geschützt. Die Hersteller werden zudem zu einer gründlicheren Bewertung von Risiken verpflichtet, die von ihren Arzneimitteln ausgehen können. Solche Risiken können zukünftig auch Patienten über [www.verbraucher-uaw.pei.de](http://www.verbraucher-uaw.pei.de) direkt melden. Um eine palliative Schmerztherapie zu erleichtern, dürfen Ärzte ihren Patienten unter bestimmten Voraussetzungen Betäubungsmittel überlassen. In solchen Ausnahmesituationen müssen die Patienten keine Apotheke mehr aufsuchen.

- **Ärzteausbildung reformiert**

Um gezielt Nachwuchs zu gewinnen und Medizinstudierende zu fördern, ist die [Ärzteausbildung](#) seit Juli 2012 umgestellt. Zudem wird bis 2019 die Zahl der Ausbildungsplätze für Allgemeinmedizin im Praktischen Jahr kontinuierlich ausgebaut. Das sichert eine flächendeckend medizinische Versorgung.

- **Schwerbehindertenausweis im Bankkartenformat**

Statt des unhandlichen [Schwerbehindertenausweises](#) aus Papier kann man sich ab 2013 eine kleine, handliche Plastikkarte ausstellen lassen.

- **Internationale Gesundheitsvorschriften umgesetzt**

Um die grenzüberschreitende Ausbreitung bedrohlicher Infektionskrankheiten einzudämmen, müssen internationale Flughäfen und Häfen künftig über besondere Kapazitäten und Notfallpläne für den Gesundheitsschutz verfügen. Die Bevölkerung ist dadurch bei [Infektionsausbrüchen](#) besser geschützt. Zudem wurden die Fristen für die Übermittlung der Diagnose von meldepflichtigen Erkrankungen an die Gesundheitsämter und das Robert-Koch-Institut deutlich verkürzt. Das ist eine Konsequenz aus der EHEC-Krise 2011.

#### 4.7. Rente und Soziales

- **Rentenbeitrag sinkt**

Am 1. Januar 2013 ist der [Beitragssatz](#) in der Gesetzlichen Rentenversicherung um 0,7 Prozentpunkte auf 18,9 Prozent gesunken. Das entlastet die Bürgerinnen und Bürger sowie die Betriebe um rund neun Milliarden Euro pro Jahr. Die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ließ bis Ende 2012 die Rücklage der Rentenversicherung stärker als nötig anwachsen.

- **Rentenerhöhung zum 1. Juli 2013**

Zum 1. Juli 2013 steigen für die über 20 Millionen Rentner die [Altersbezüge](#). In den neuen Bundesländern um 3,29, in den alten Bundesländern um 0,25 Prozent. Der aktuelle „Rentenwert Ost“ nähert sich dadurch an den „Westwert“ um 2,7 Prozentpunkte auf 91,5 Prozent an.

- **Bund entlastet Kommunen bei der Grundsicherung**

Der Bund übernimmt schrittweise die Nettoausgaben der Kommunen für die [Grundsicherung](#) im Alter und bei Erwerbsminderung. Ab 2013 gleicht der Bund 75 Prozent, ab 2014 dann 100 Prozent dieser Kosten aus. Allein bis 2016 entlastet der Bund die Kommunen um rund 20 Milliarden Euro.

- **Deutliche Erhöhung der Contergan-Renten**

Mit zusätzlichen 120 Millionen Euro jährlich sorgt der Bund dafür, dass sich die Opferrenten von [Contergan-Geschädigten](#) rückwirkend ab Januar 2013 von maximal 1.152 auf maximal 6.912 Euro monatlich erhöht. Außerdem ist ein Hilfsfonds für besondere Bedarfe der Betroffenen eingerichtet.

- **Höhere Regelsätze in der Grundsicherung und in der Sozialhilfe**

Sozialhilfe und Grundsicherung (auch Grundsicherung im Alter sowie bei Erwerbsminderung) berechnen sich seit dem 1. Januar 2013 nach [höheren Regelsätzen](#). Ein alleinstehender Erwachsener bekommt 382 Euro und erhält somit acht Euro im Monat mehr.

- **Vierter Armuts- und Reichtums-Bericht**

Der [4. Armuts- und Reichtumsbericht](#) der Bundesregierung gibt einen Überblick über die Lebenslagen in Deutschland. Die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit Anfang der 90er Jahre gesunken. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich leicht geschlossen. Das Armutsrisiko in Deutschland liegt mit 15,8 Prozent unter dem Durchschnitt der EU (16,9 Prozent). Die Kernbotschaft des Berichts: Arbeit ist das wichtigste Mittel gegen Armut.

#### 4.8. Integration

- **Willkommenskultur**

Fast jeder fünfte Einwohner Deutschlands hat heute ausländische Wurzeln. Wir sind schon wegen des demographischen Wandels auf Zuwanderung angewiesen. Die Bundesregierung fördert daher die Willkommenskultur. Dazu gehört, Zuwanderer vom ersten Tag an bei ihrer Integration in Deutschland zu unterstützen. [Integrationsangebote](#) fördern die Erstintegration und die nachholende Integration für alle Zugewanderten mit rechtmäßigem Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive. Ziel ist, Chancengleichheit und tatsächliche Teilhabe – insbesondere am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben – zu ermöglichen. Instrumente hierfür sind zum Beispiel Integrationskurse oder Integrationsvereinbarungen.

Ein wichtiges Zeichen für eine Willkommenskultur in Deutschland setzt die Bundesregierung mit dem [Portal „Make it in Germany“](#). Auf diesen Internetseiten können sich internationale Fachkräfte umfassend über das Leben und die Karrieremöglichkeiten in Deutschland informieren.

- **Integrationsbeirat**

Entscheidend ist, die Integrationspolitik mit Migranten gemeinsam zu gestalten: Wir reden miteinander und nicht übereinander. Der [Integrationsbeirat](#) hat daher eine Schlüsselrolle.

- **Integrations-Indikatorenbericht**

Im Integrations-Indikatorenbericht werden die [Ergebnisse der Integrationspolitik](#) gemessen und Erfolge sichtbar.

- **Sechster Nationaler Aktionsplan Integration und Integrationsgipfel**

Integration ist eine zentrale Zukunftsaufgabe, der Fahrplan dafür ist der [Nationale Aktionsplan Integration](#).

Im Mai 2013 fand auf Einladung der Bundeskanzlerin der [6. Integrationsgipfel](#) im Bundeskanzleramt statt. Dabei ging es um die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Integration, insbesondere in den Bereichen „Integration in Arbeitsmarkt und Erwerbsleben“ sowie „Arbeitsmarktintegration durch Sprache, Ausbildung und Qualifikation“.

- **Fortführung der Deutschen Islam Konferenz**

Die im Jahr 2006 ins Leben gerufene [Deutsche Islam Konferenz](#) (DIK) ist ein Dialogforum zwischen Staat und Muslimen, um den Muslimen in Deutschland mehr Mitgestaltung zu ermöglichen. Zuletzt kam die DIK im Mai 2013 zusammen. Im Mittelpunkt stand die Prävention von Extremismus und gesellschaftlicher Polarisierung. Zu diesem Thema hat die DIK eine neue Initiative gestartet, die Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamismus vor allem bei den Jugendlichen entgegenzutreten will. Die Islamkonferenz hat zu praktischen Ergebnissen geführt, wie beispielsweise der Leitfaden zur Imam-Fortbildung oder die Erklärung gegen häusliche Gewalt und Zwangsverheiratung.

#### 4.9. Sport

- **Dopingbekämpfung**

Die Dopingbekämpfung ist ein Kernelement der Sportpolitik der Bundesregierung. Die Neuregelungen, die mit dem Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des [Dopings](#) im Sport (DBVG) eingeführt sind, haben sich grundsätzlich bewährt. Das hat der Evaluationsbericht vom Oktober 2012 gezeigt. Weitere gesetzliche Maßnahmen, die im Bericht empfohlen sind, hat die Bundesregierung im Juni 2013 beschlossen: die Einführung einer weiteren Tathandlung des „Erwerbs“ von Dopingmitteln im Arzneimittelrecht und den Erlass einer neuen Dopingmittel-Mengen-Verordnung.

- **Fairplay-Preis des Deutschen Sports**

Seit 2011 vergibt das Bundesinnenministerium gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund und seit 2013 zusätzlich mit dem Verband der deutschen Sportjournalisten den [Fairplay-Preis](#) des Deutschen Sports. Der Preis zielt darauf, das Bewusstsein für die fundamentale Bedeutung von Toleranz und Fairness im Sport und darüber hinaus zu schärfen.

- **„Sport und Politik verein(t) gegen Rechtsextremismus“**

Gesamtgesellschaftliche Probleme spiegeln sich auch im Sport wider. Dies gilt auch für Rassismus und Rechtsextremismus, deren Bekämpfung Ziel der gemeinsamen Initiative [„Sport und Politik verein\(t\) gegen Rechtsextremismus“](#) ist. Sie ist im Januar 2011 gestartet.

- **Fünfte UNESCO-Weltkonferenz der Sportminister**

Deutschland war Gastgeber der 5. UNESCO-[Weltkonferenz der Sportminister](#), die die Bundesregierung in Kooperation mit der UNESCO vom 28. bis 30. Mai 2013 in Berlin ausgerichtet hat. Teilnehmer aus 128 UNESCO-Mitgliedstaaten befassten sich mit aktuellen sportpolitischen Themen und verabschiedeten mit der „Berliner Erklärung“ einen wichtigen Meilenstein in der internationalen Sportpolitik.

## 5. Bildung und Forschung

Bildung und Forschung sind Voraussetzung für Wohlstand und Fortschritt. Deswegen investiert die Bundesregierung 2013 die Rekordsumme von 13,74 Milliarden Euro in Bildung und Forschung. Im Vergleich zu 2012 ist das ein Zuwachs von mehr als sechs Prozent.

Noch nie hat der Bund so viel Geld für [Bildung und Forschung](#) ausgegeben. Die Bildungsausgaben sind zwischen 2005 und 2012 um fast 70 Prozent gestiegen – von 4,3 Mrd. auf 7,3 Mrd. Euro. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung hat sie zwischen 2006 und 2013 von 9,3 Mrd. auf 14,4 Mrd. Euro erhöht.

### 5.1. Hohe Priorität für Bildung

- **Bildungsbericht**

Der Bericht "[Bildung in Deutschland 2012](#)" belegt die hohe Priorität für Bildung in Deutschland und die deutlichen Verbesserungen, die in den vergangenen Jahren erreicht sind. Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren macht große Fortschritte: Immer weniger Schüler verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss. Die Zahl der Abiturienten steigt. Die Studienanfängerquote ist mit über 50 Prozent auf Rekordniveau. Und Schulabgänger finden besser einen Ausbildungsplatz.

- **Frühkindliche Bildung**

Bei der "[Offensive Frühe Chancen](#)" fließen bis 2014 rund 400 Millionen Euro in die Sprach- und Integrationsförderung in Schwerpunkt-Kitas.

- **Bündnisse für Bildung**

Das neue Programm „Kultur macht stark. [Bündnisse für Bildung](#)“ richtet sich an bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche. Ziel ist, deren musische, ästhetische und kulturelle Entwicklung zu unterstützen. Zum Beispiel: Ferienfreizeiten mit kulturellem Schwerpunkt, Paten- und Mentorenprogramme, in denen junge Menschen Vorbildern begegnen und Begleitung finden, Leseförderung, oder Tanz- und Theaterprojekte. 2012 erfolgte die Auswahl der Konzepte, ab 2013 werden die Bildungsbündnisse gefördert. Dafür sind in einem Zeitraum von fünf Jahren bis zu 230 Millionen Euro vorgesehen.

- **Lehrerbildung**

Lehrer sollen praxisnäher und näher am Bedarf ausgebildet werden. 500 Millionen Euro stellt der Bund deshalb für eine „[Qualitätsoffensive Lehrerbildung](#)“ bereit. Studierende werden intensiver betreut.



## 5.2. Berufliche Bildung

- **2012 mehr Ausbildungsplätze als Bewerber**

Die Lage am [Ausbildungsmarkt](#) ist für junge Menschen in Deutschland weiterhin gut. Zwar wurden 2012 mit 551.272 etwas weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Vorjahr. Das ist eine Folge der demografischen Entwicklung. Betriebe haben zunehmend Schwierigkeiten, Ausbildungsstellen zu besetzen.

Mit der Kampagne "[Berufliche Bildung - Praktisch unschlagbar](#)" sollen Jugendliche, Schulen, Eltern, Arbeitnehmer und Arbeitgeber über die vielfältigen Chancen der beruflichen Aus- und Weiterbildung informiert werden.

Mit der Initiative „[Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss](#)“ können mehr förderbedürftige Jugendliche angesprochen und bei ihrer Berufswahl unterstützt werden.

- **Europäische Berufsbildungs Kooperation**

Das duale Ausbildungssystem gilt als vorbildlich und ist ein Grund für die vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Die Bildungsminister Spaniens, Portugals, Griechenlands, Lettlands, der Slowakei, Italiens und Deutschlands wollen daher bei der [Reform der Bildungssysteme](#) enger zusammenarbeiten.

## 5.3. Studienförderung

- **BAföG**

Jeder vierte Student erhält heute [BAföG](#). So wird der Hoch- oder Fachhochschulabschluss unabhängig von sozialer Herkunft und eigenen finanziellen Mitteln möglich. Seit 2010 gibt es mehr BaföG, und der Kreis der Anspruchsberechtigten ist größer geworden. 2011 wandten Bund und Länder für das BAföG die Rekordsumme von 3,18 Milliarden Euro auf, die Zahl der Geförderten stieg auf insgesamt 963.000 Schüler und Studierende.

- **Deutschland-Stipendium**

300 Euro im Monat können Studierende mit dem [Deutschland-Stipendium](#) erhalten. Gute Studienleistungen und soziales Engagement werden so gefördert. Rund 11.000 Studierende profitierten 2012 davon. Das Stipendium ist unabhängig von BaföG oder dem Einkommen der Eltern.

- **Hochschulpakt 2020 wird aufgestockt**

Der Ansturm auf die Hochschulen hält an. Deshalb haben sich Bund und Länder auf mehr Geld für [zusätzliche Studienplätze](#) geeinigt. In den Jahren 2011 bis 2015 erhöht die Bundesregierung ihre Mittel für den Hochschulpakt um rund 2,2 Milliarden Euro auf über 7 Milliarden Euro. Auch die Länder werden vergleichbare finanzielle Leistungen erbringen und so die Finanzierung für rund 625.000 Studienplätze sicherstellen.

## 5.4. Forschung

- **Erfolgsgeschichte Hightech-Strategie**

Die [Hightech-Strategie](#) ist das zentrale, ressortübergreifende Programm der Bundesregierung, das alle Kräfte bündelt und den Wissens- und Technologietransfer bis hin zum Dialog mit dem Bürger gewährleistet. Es konzentriert sich auf zehn Zukunftsprojekte, die sich den globalen Herausforderungen unserer Zeit widmen. Dazu zählen die Zukunftsstadt, Bekämpfung von Volkskrankheiten, Mobilität, Energie, Kommunikation und Sicherheit.

- **Sechstes Zentrum für Gesundheitsforschung eröffnet**

Die Zahl der Menschen mit Volkskrankheiten wächst. Dazu gehören beispielsweise Krebs-, Herz-Kreislauf-, Stoffwechsel-, Infektions-, Lungen- oder neurodegenerative Erkrankungen. Für die Bekämpfung gibt es inzwischen sechs [Zentren der Gesundheitsforschung](#), durch die Erkenntnisse der Forschung den Patienten schneller zugute kommen.

- **Programm „Zwanzig20 – Partnerschaft für Innovation“ gestartet**

Um zur Entwicklung attraktiver Forschungsstandorte – mit Schwerpunkt neue Bundesländern – beizutragen, investiert die Bundesregierung im Rahmen des Programms „Zwanzig20 – [Partnerschaft für Innovation](#)“ von 2013 bis 2019 500 Millionen Euro in den Aus- und Aufbau bundesweiter Innovationspartnerschaften aus Wirtschaft und Wissenschaft.

## 6. Verbraucher

Die Bundesregierung hat den Verbraucherschutz gestärkt. Die Verbraucher sind mit den Produkten und Dienstleistungen zufriedener als je zuvor. Sie fühlen sich gut informiert und können zwischen einer Vielfalt von Waren auswählen. Das bestätigt das [Verbrauchergutachten](#) vom September 2012.

### 6.1. Informationsrechte

- **Verbraucherinformation**

Verbraucher kommen schneller und kostengünstiger an Informationen über einzelne Produkte. Das neue [Verbraucherinformationsgesetz](#) verpflichtet Behörden, Auskunft zu erteilen: nicht nur bei Gefahren und Risiken für die Gesundheit, sondern zum Beispiel auch über Kennzeichnung, Herkunft und Beschaffenheit von Erzeugnissen.

- **Der „Verbraucherlotse“**

Verbraucher können über den [Verbraucherlotse](#) unkompliziert kompetenten Rat zu vielfältigen Alltagsfragen einholen. Zum Beispiel zu ihren Rechten bei Finanzen und Versicherungen, zu Gewährleistungsansprüchen und Garantien oder zur Kennzeichnung von Lebensmitteln.

### 6.2. Finanzen

- **Qualitätsoffensive Verbraucherfinanzen**

Im Rahmen der [Qualitätsoffensive Verbraucherfinanzen](#) verbessert die Bundesregierung kontinuierlich den Schutz bei Finanzdienstleistungen. Verbraucher sollen noch stärker vor Falschberatung und ungeahnten Risiken geschützt, Produkte noch transparenter und besser vergleichbar werden.

- **Honorar-Anlageberatung**

Die Bundesregierung schafft rechtliche Rahmenbedingungen für eine [honorarbasierte Anlageberatung](#) (Honorar-Anlageberatung), die dem Kunden als alternatives Angebot zur provisionsbasierten Anlageberatung zur Verfügung stehen soll. Der Kunde kann sich damit künftig besser entscheiden, welche Form der Anlageberatung er wünscht: eine Dienstleistung, die durch Provisionen des Produkthanbieters oder nur durch das Honorar des Kunden vergütet wird. Das Gesetz soll Mitte 2014 in Kraft treten.

- **Gleiche Versicherungstarife für Frau und Mann**

Seit Ende 2012 dürfen Versicherungen für Männer und Frauen bei neuen Verträgen [keine unterschiedlichen Prämien](#) mehr anbieten. Bis dahin haben Frauen aufgrund unterschiedlicher Lebenserwartung und Versicherungsrisiken etwa in der Kranken- und privaten Rentenversicherung mehr bezahlt als Männer.

- **Schutz vor unseriösen Geschäftspraktiken**

Die Bundesregierung schützt Verbraucher und kleine Gewerbetreibende vor überhöhten [Abmahngebühren](#). Bei Inkassoverfahren muss künftig deutlich sein, wer Gläubiger ist, worauf die Forderung beruht und wie sich die Kosten berechnen.

### 6.3. Lebensmittel und Ernährung

- **Mehr Sicherheit bei Lebensmitteln**

Bundesregierung und Länder haben die Zusammenarbeit und Organisation der [Lebensmittelüberwachung](#) verbessert. Futtermittelhersteller werden strenger kontrolliert. Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung wird eingedämmt. Bei Etikettenschwindel müssen Behörden Informationen über betroffene Produkte und deren Hersteller veröffentlichen.

- **Portal Lebensmittelwarnung.de**

Damit sich Verbraucher schneller und besser informieren können, betreiben Bundesregierung und -länder gemeinsam die Internetseite „[Lebensmittelwarnung.de](#)“.

- **Klarheit bei Lebensmitteln**

Das Internetportal [www.Lebensmittelklarheit.de](#) ist die zentrale Anlaufstelle für Verbraucher, die sich über die Kennzeichnung von Lebensmitteln informieren wollen oder sich durch ein Produkt in ihrer Erwartung getäuscht fühlen.

- **Strenge Regeln für gesundheitsbezogene Werbung und Aromastoffe**

[Gesundheitsbezogene Angaben](#) auf Lebensmitteln sind nur noch erlaubt, wenn die Produkte ein strenges Zulassungsverfahren durchlaufen haben. Gleiches gilt für die Verwendung von [Aromen](#) in Lebensmitteln.

- **Neue Regelungen für Energy-Drinks und Farbstoffe in Lebensmitteln**

Für die Stoffe Koffein, Taurin, Inosit und Glucuronolacton in [Energy-Drinks](#) gelten seit Juni 2013 verbindliche Höchstmengen. Die Kennzeichnungspflicht für erhöhten Koffeingehalt gilt jetzt auch für koffeinhaltige Erfrischungsgetränke, die in der Getränkekarte von Gaststätten und Diskotheken angeboten werden.

Die [Lebensmittelfarbstoffe](#) Chinolingelb (E 104), Gelborange S (E 110) und Cochenillerot A (Ponceau 4R - E 124) dürfen seit 1. Juni 2013 nur noch stark eingeschränkt verwendet werden. Das stellt sicher, dass man die Stoffe nur in gesundheitlich unbedenklichen Mengen aufnimmt.

- **Aktion „Zu gut für die Tonne“**

Jeder wirft pro Jahr durchschnittlich 82 Kilogramm Lebensmittel weg. Rund elf Millionen Tonnen noch verwertbare Lebensmittel landen jährlich in Deutschland auf dem Müll. Das will die Bundesregierung mit der Aktion „[Zu gut für die Tonne](#)“ ändern.

## 6.4. Internet und Telefon

- **IT-Gipfel-Prozess**

Mit der IKT-Strategie "[Deutschland Digital 2015](#)" hat sich die Bundesregierung ehrgeizige politische Ziele gesetzt. In vielen Bereichen sind bereits konkrete Fortschritte sichtbar. Der Nationale IT-Gipfel ist dabei zentrale Plattform für die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Unter dem Motto „digitalisieren\_vernetzen\_gründen“ fand am 13. November 2012 in Essen der siebte Nationale IT-Gipfel statt. Für 2013 ist der nächste Nationale IT-Gipfel in Hamburg geplant.

- **Schutz vor Kostenfallen im Internet**

Kunden sind beim Online-Einkauf besser vor [Kostenfallen](#) geschützt. Internetanbieter müssen gut sichtbar über die wesentlichen Vertragsinhalte informieren. Erst ein Klick auf eine Schaltfläche „kostenpflichtig bestellen“ verpflichtet dann zur Zahlung.

- **Teure Warteschleifen abgeschafft**

Die Kosten für [Warteschleifen](#) bei Sonderrufnummern wie 0180- oder 0900-Nummern sind ab 1. Juni 2013 komplett entfallen. Warteschleifen dürfen lediglich bei Ortsnetzzufnummern, Mobilfunkrufnummern, Sonderrufnummern mit Festpreisen und entgeltfreien Rufnummern eingesetzt werden. Das gilt sowohl für Telefonate aus dem Festnetz als auch aus dem Mobilfunknetz.

- **Schutz der Verbraucher vor Telefonwerbung**

Unerbetene [Werbeanrufe](#) jeder Art sind verboten und werden mit Geldbuße geahndet. Außerdem sind am Telefon eingegangene Gewinnspielverträge künftig nicht mehr wirksam. Das Unternehmen muss dem Verbraucher „schwarz auf weiß“ – also per Schreiben, Telefax oder E-Mail – den Vertragsschluss anzeigen.

- **Mehr Sicherheit im Internet**

Für die sichere elektronische Kommunikation und Identifikation hat die Bundesregierung [De-Mail](#) und die [Online-Ausweisfunktion im neuen Personalausweis](#) ins Leben gerufen. Damit werden die persönlichen Daten der Bürgerinnen und Bürger wirksam geschützt. Identitätsdiebstahl im Internet wird erschwert. Gleichzeitig ist es möglich, Anträge bei Behörden oder die Eröffnung eines Kontos komplett online zu erledigen.

- **Portale für den verantwortungsvollen Umgang im Internet**

Zum sicheren Umgang mit dem Internet gehört auch der verantwortungsvolle Gebrauch der eigenen und fremden Daten. Die Bundesregierung fördert deshalb Internetseiten, die darüber informieren:

[Vorsicht im Netz](#)

[Deutschland sicher im Netz](#)

[Surfer haben Rechte](#)

[Watch your Web](#)

[Kinder sicher im Netz](#)

[Cloud Computing](#)

[„Wegweiser durch die digitale Welt“ für ältere Bürgerinnen und Bürger](#)

[BSI für Bürger](#)

[Anti-Botnet Beratungszentrum](#)

## 6.5. Reisen und Verkehr

- **EU-Führerschein 2013**

Seit 2013 ersetzt ein neuer, [europaweit gültiger Führerschein](#) das bisherige Nebeneinander von über 110 nationalen Führerscheinen. Die neuen Führerscheindokumente müssen nach 15 Jahren erneuert werden. Alle bis 2013 ausgestellten Führerscheine bleiben bis 2033 gültig.

- **Liberalisierung des Fernbuslinienverkehrs**

[Fernbuslinien](#) dürfen seit Anfang 2013 Ziele in ganz Deutschland anfahren, die mindestens 50 Kilometer entfernt sind. Das gilt auch dann, wenn auf diesen Strecken Züge fahren.

- **Mehr Rechte für Reisende**

Die [Rechte von Bus- und Schiffsreisenden](#) haben sich verbessert: Sie haben bei Verspätungen und Annullierungen Anspruch auf Entschädigung. Auch die Rechte von Fluggpassagieren sind neu geregelt: Werden Fluggäste nicht befördert, haben sie Anspruch auf Ausgleichszahlungen. Das gilt für Fluggäste, die von einem Flughafen in der EU abfliegen bzw. mit einem in der EU registrierten Luftfahrtunternehmen in der EU landen.

- **Einrichtung einer Schlichtungsstelle bei Flügen**

Eine unabhängige [Schlichtungsstelle für den Flugverkehr](#) hilft Fluggästen schnell und unbürokratisch. Das neue Gesetz verbessert die Durchsetzung von Ansprüchen gegen Fluggesellschaften. Fluggäste können künftig Schlichtungsstellen wegen Ansprüchen bis 5.000 Euro anrufen, und zwar kostenlos.

- **Markttransparenzstellen**

Um die Verbraucher auf den Energiemärkten stärker zu schützen, hat die Bundesregierung zwei Markttransparenzstellen eingerichtet. Die beim Bundeskartellamt angesiedelte Stelle wird die Entwicklung auf dem [Benzin- und Dieselmkt](#) beobachten. Autofahrer sollen in Zukunft über Internet, Smartphone oder auf ihren

Navigationsgeräten die aktuellen Kraftstoffpreise und die günstigste Tankstelle in der Umgebung erfahren können.

Die Markttransparenzstelle [Strom und Gas](#) in der Bundesnetzagentur ist zuständig für den Großhandel. Ziel ist es, eine transparente und wettbewerbskonforme Preisbildung bei der Vermarktung und beim Handel mit Elektrizität und Gas im Großhandel sicherzustellen.

- **Reform des Bußgeldkatalogs**

Regelverstöße im Straßenverkehr sind teurer geworden – sowohl für Auto- als auch für Radfahrer. Wer ohne Parkschein parkt oder auf dem Gehweg radelt, muss seit April 2013 ein [höheres Verwarnungs- oder Bußgeld](#) zahlen.

- **Reform des Punktekatalogs für Verkehrsverstöße**

Einfacher, gerechter, transparenter - das sind die Kernpunkte einer [Neuregelung für mehr Sicherheit im Straßenverkehr](#). Statt der bisherigen Skala von 1 bis 7 Punkten wird es je nach Schwere des Vergehens noch 1, 2 oder 3 Punkte geben. Der Führerschein soll künftig bei 8 statt wie bisher 18 Punkten entzogen werden.

- **Lkw-Maut auch auf Bundesstraßen**

Seit August 2012 gilt die [Mautpflicht für schwere Lkw](#) auch auf ausgewählten Bundesstraßen. Davon betroffen sind 84 Streckenabschnitte, die mindestens vierspurig ausgebaut und an eine Autobahn angebunden sind.

- **Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planung von Großvorhaben**

Die Öffentlichkeit wird künftig stärker an der Planung von Großvorhaben beteiligt. Mit dem Gesetz zur [verbesserten Öffentlichkeitsbeteiligung](#) erhalten Bürger Gelegenheit, das Vorhaben zu erörtern und ihre Meinung dazu zu äußern.



## 7. Umwelt

Die [Umweltpolitik der Bundesregierung](#) setzt sich vor allem für den Klimaschutz, den Erhalt der Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensräumen, den sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energie sowie den Schutz der menschlichen Gesundheit vor Umweltbelastungen ein.

### 7.1. Emissionshandel

Der [Emissionshandel](#) ist ein zentrales Instrument europäischer Klimapolitik. Seit Januar 2013 gibt es statt nationaler Budgets nur noch eine EU-weite Gesamtmenge an CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten. Dieses Gesamtbudget verringert sich bis 2020 um 1,74 Prozent pro Jahr. Kraftwerksbetreiber müssen seit Januar 2013 die Emissionszertifikate für die Stromerzeugung ersteigern. Die Erlöse aus der Versteigerung fließen zu über 90 Prozent in den Klimaschutz.

### 7.2. Biologische Vielfalt schützen

Im April 2013 hat die Bundesregierung den ersten Rechenschaftsbericht über die Nationale Strategie zur [biologischen Vielfalt](#) vorgelegt. Die Tendenz ist positiv: In vielen Bereichen, beispielsweise bei der Verminderung der Flächenversiegelung, der Reduzierung der Stickstoffüberschüsse der Landwirtschaft oder der nachhaltigen Forstwirtschaft kommt Deutschland voran.

### 7.3. Ausgleich für genutzte Flächen

Energiewende und Naturschutz gehören zusammen. Werden Natur und Landschaft zum Beispiel durch den Bau von Straßen, Windkraftanlagen oder Stromtrassen beeinträchtigt, muss dieser Eingriff ausgeglichen werden. Für eine bundeseinheitliche Regelung soll die [Kompensationsverordnung sorgen](#), deren Entwurf die Bundesregierung im April 2013 vorgelegt hat.

### 7.4. Initiative „Plastikmüll im Meer“

Immer mehr [Plastikabfälle](#) belasten den Lebens- und Nahrungsraum Meer. Die Bundesregierung hat im April 2013 zusammen mit der EU-Kommission eine internationale Konferenz in Berlin organisiert. Ziel ist es, regionale Aktionspläne für die europäischen Meeresregionen zu entwickeln, um weitere Müllinträge in die Meere zu verhindern. Ein runder Tisch soll mögliche Maßnahmen konkretisieren.

### 7.5. Maßnahmen gegen illegalen Holzeinschlag

Die Mitgliedstaaten der EU gehen gegen den Handel mit illegal eingeschlagenem Holz vor. Seit Mai 2013 gilt in Deutschland das neue [Holzhandels-Sicherungs-Gesetz](#), das die nationale Durchführung der EU-Holzhandelsverordnung regelt.

#### **7.6. Umweltzeichen „Blauer Engel“**

Der „[Blaue Engel](#)“ ist das älteste Umweltzeichen der Welt. Im Berichtszeitraum sind die Vergabekriterien für weitere Produktgruppen und Dienstleistungen entstanden, z. B. für Waschsalons, Telefonanlagen, Sanitäreanlagen, Haarpflegegeräte oder wiederaufladbare Batterien. 2012 wurde erstmals der „[Blaue-Engel-Preis](#)“ vergeben.

#### **7.7. Tierschutz**

Mit der aktuellen Änderung des [Tierschutzgesetzes](#) wird der Tierschutz in vielen Bereichen und für eine Reihe von unterschiedlichen Tierarten verbessert. Dies gilt auch für den Schutz von Versuchstieren.

Seit Anfang 2013 vergibt der Deutsche Tierschutzbund das freiwillige [Tierschutzlabel](#) zur Produktkennzeichnung. Die Bundesregierung fördert es.

#### **7.8. Hilfe für die Opfer des Hochwassers**

Die Länder, die von der [Hochwasserkatastrophe 2013](#) betroffen sind, können den Wiederaufbau nicht aus eigener Kraft bewältigen. Darum haben Bund und Länder Maßnahmen beschlossen, um schnelle Hilfe für die betroffenen Menschen zu gewährleisten und um schnell Mittel für den Wiederaufbau der beschädigten Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Die Bundesregierung hat auf die Erstattung der Kosten für die über 200.000 eingesetzten Kräfte der Bundeswehr, des Technischen Hilfswerks und der Bundespolizei verzichtet. Sie beteiligt sich darüber hinaus an den Soforthilfeprogrammen der Länder zur Hälfte.

Für die anschließende Aufbauhilfe hat die Bundesregierung einen nationaler Fonds in Höhe von bis zu 8 Milliarden Euro eingerichtet. Der Bund finanziert den Fonds zunächst in voller Höhe mit acht Milliarden Euro vor. Die Kosten für den Wiederaufbau der zerstörten Bundesinfrastruktur in Höhe von circa 1,5 Milliarden Euro übernimmt der Bund. Die Länder beteiligen sich zur Hälfte an der Finanzierung mit insgesamt 3,25 Milliarden Euro. Sie haben 20 Jahre Zeit, ihren Anteil zu erbringen.

Zudem hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau ihre Förderprogramme für hochwassergeschädigte Unternehmen, Privatleute und Kommunen geöffnet und bietet besonders zinsgünstige Konditionen an. Bei Kurzarbeit in Unternehmen, die vom Hochwasser betroffen sind, übernimmt der Bund die Sozialversicherungsbeiträge. Landwirtschaftliche Betriebe können Liquiditätshilfen der Landwirtschaftlichen Rentenbank beantragen.

Aber auch die Vorsorge vor künftigen Hochwasserereignissen gilt es zu verbessern. Unter anderem streben Bund und Länder deshalb die Änderung einschlägiger Vorschriften an – mit dem Ziel, die Verfahren für Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes zu beschleunigen und zu vereinfachen.

## 8. Freiheit und Sicherheit

Deutschland zählt zu den sichersten Ländern weltweit – und das soll auch so bleiben. Bund und Länder haben einen gemeinsamen Sicherheitsauftrag und arbeiten eng zusammen. Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land und bekämpft entschlossen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

### 8.1. Maßnahmen gegen Extremismus und Terrorismus

- **Gemeinsames Extremismus- und Terrorabwehrzentrum**

Das Abwehrzentrum ([GETZ](#)) hat am 15. November 2012 seine Arbeit aufgenommen. Unter diesem Dach arbeiten die zuständigen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern in den Bereichen Extremismus, Terrorismus, Spionageabwehr und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zusammen.

- **Errichtung einer zentralen Datei**

Polizei und Nachrichtendienste können erstmals auf [gemeinsame Daten](#) zum gewaltbezogenen Rechtsextremismus zugreifen. Das verbessert den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Die Datei schafft so eine wichtige Voraussetzung, den Rechtsextremismus wirksamer zu bekämpfen.

- **Unterstützung des NPD-Verbotsantrags**

Die Bundesregierung unterstützt den [NPD-Verbotsantrag](#) der Länder. Die Bundesbehörden, insbesondere das Bundesamt für Verfassungsschutz, stellen dazu umfangreiches Material zur Verfügung.

- **Programme gegen Rechtsextremismus**

Viele Menschen und Institutionen in Deutschland engagieren sich im [Kampf gegen Rechtsextremismus](#). Die Bundesregierung unterstützt dieses Engagement mit einer Reihe von Förderprogrammen und Maßnahmen der politischen Bildung.

### 8.2. Erhöhung der Inneren Sicherheit

- **Errichtung eines Nationalen Waffenregisters**

Deutschland hat strenge Waffengesetze. Nach dem Amoklauf von Winnenden im März 2009 hat die Bundesregierung beschlossen, ab dem 1. Januar 2013 ein [Nationales Waffenregister](#) einzurichten. Es macht wesentliche Informationen zu erlaubnispflichtigen Waffen und deren Erwerbern, Besitzern und Überlassern zentral verfügbar.

- **Warnschussarrest für jugendliche Straftäter**

Jugendliche Straftäter, die zu einer Bewährungsstrafe verurteilt werden, können zur Abschreckung bis zu vier Wochen in Haft genommen werden. Dieser „[Warnschussarrest](#)“ soll Jugendliche von weiteren Straftaten abhalten und ihnen die Konsequenzen von Gesetzesverstößen deutlich vor Augen führen.

- **Reform der Sicherungsverwahrung**

Mit der Reform der Sicherungsverwahrung stellt der Bund sicher, dass für besonders gefährliche Straftäter die [Sicherungsverwahrung](#) auch künftig angeordnet werden kann. Das Gericht kann Sicherungsverwahrung bei Personen anordnen, die nach Verbüßung ihre Haftstrafe weiterhin eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen.

### 8.3. Bekämpfung illegaler Einreise

Seit dem 1. Juni 2013 unterstützt die [Visa-Warndatei](#) Visumbehörden bei der Bekämpfung von illegaler Einreise. Zu diesem Zweck werden in der Datei Warndaten gespeichert und den Visum- und Grenzkontrollstellen zur Verfügung gestellt. Dazu gehören beispielsweise einschlägige Verurteilungen oder der Umstand, dass ein Antragsteller oder Einlader falsche Angaben im Visumverfahren gemacht hat. Durch einen weiteren Abgleich wird eine Rückmeldung durch die Sicherheitsbehörden an die Visumbehörden möglich, wenn Personen aus dem terroristischen Umfeld beabsichtigen, nach Deutschland einzureisen.

### 8.4. Recht

- **Neues Mietrecht**

Das neue [Mietrecht](#) verbessert den Schutz von Mietern bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. Mieterhöhungen auf angespannten Wohnungsmärkten können begrenzt werden. Außerdem ist es möglich, wirksamer gegen sogenannte „Mietnomaden“ vorzugehen.

- **Menschenhandel bekämpfen**

Um [Menschenhandel wirksamer bekämpfen](#) zu können, sind die Strafvorschriften erweitert worden. Menschenhandel ist künftig auch zum Zweck der Bettelei oder des Organhandels strafbar. Bordelle unterliegen in Zukunft einer gewerberechtlichen behördlichen Überwachung und Kontrolle.

- **Höhere Pfändungsfreigrenzen für Arbeitseinkommen**

Ab Juli 2013 gelten höhere [Pfändungsfreigrenzen](#) für Arbeitseinkommen. Schuldner können ihr Existenzminimum sichern und die gesetzlichen Unterhaltspflichten erfüllen.

- **Freie Fahrt für Mediation**

[Mediation](#) hat das Ziel, Konflikte einvernehmlich beizulegen. Sie trägt dazu bei, langwierige Gerichtsverfahren zu vermeiden. Eine Lösung ist nur möglich, wenn beide Streitparteien damit einverstanden sind. Ein Gesetz, das diese Form der Schlichtung fördert, ist im Juli 2012 in Kraft getreten.

- **Rechtssicherheit für Medien durch Quellen- und Informantenschutz**

Die Bundesregierung hat die [Pressefreiheit](#) gestärkt: Journalisten machen sich nicht mehr der „Beihilfe zum Geheimnisverrat“ strafbar, wenn sie geheimes Material entgegennehmen, auswerten oder veröffentlichen. Beschlagnahme bei einem

Journalisten ist nur noch möglich, wenn in den bestimmten Ausnahmefällen auch ein „dringender Tatverdacht“ gegen ihn besteht.

- **Schutz von Presseerzeugnissen**

Die [Leistungen von Presseverlagen](#) werden im Internet besser geschützt. Presseverlage können künftig von Suchmaschinenbetreibern und vergleichbaren Diensten – beispielsweise sogenannten Nachrichten-Aggregatoren – eine Vergütung für die Nutzung von Presseerzeugnissen verlangen. Journalisten werden an der Vergütung angemessen beteiligt.

- **Beschneidung von Jungen bleibt erlaubt**

Viele Eltern jüdischen und muslimischen Glaubens lassen ihre Söhne traditionell im Kindesalter beschneiden. Das ist in Deutschland weiterhin straffrei möglich, solange die [Beschneidung](#) medizinisch fachgerecht erfolgt. Das seit Dezember 2012 gültige Gesetz regelt die Ausübung religiöser Bräuche und beseitigt Rechtsunsicherheiten.

## 9. Deutschland – Partner in der Welt

Ob in der Europäischen Union, in der NATO oder in den Vereinten Nationen - angesichts der großen weltweiten Herausforderungen setzt die Bundesregierung auf die engen [Beziehungen zu langjährigen Verbündeten](#). Darüber hinaus unterhält sie mit weiteren Partnern in den neuen Kraftzentren der Welt enge Beziehungen: Dazu gehören unter anderem Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Ziel ist es, die Globalisierung gemeinsam zu gestalten.

### 9.1. Weltweite Verbindungen

Gemeinsam gegen Steuerschlupflöcher, eine Übergangsregierung für Syrien, Startschuss für eine transatlantische Freihandelszone – das sind die wichtigsten Ergebnisse des [G8-Gipfels](#) vom 17./18. Juni 2013 in Lough Erne/Nordirland. Diese Treffen bleiben zentral für die Abstimmung mit unseren wichtigsten internationalen Partnern und fördern den G20-Prozess.

Die [USA](#) bleiben der wichtigste Partner außerhalb Europas. Beim Besuch des US-Präsidenten in Berlin am 18. und 19. Juni haben US-Präsident Obama und Bundeskanzlerin Merkel die auf gemeinsamen Werten und Interessen gründende enge Zusammenarbeit beider Staaten bei internationalen Herausforderungen betont. Deutschland und die USA werden sich für ein transatlantisches Freihandelsabkommen einsetzen.

- **Weltweite Regierungskonsultationen**

Die Bundesregierung hat das Netz der [Regierungskonsultationen](#) auch mit Nicht-EU-Ländern enger geknüpft: Neben Russland und Israel gehören jetzt auch China und Indien dazu. Ergebnis sind konkrete Kooperationsvereinbarungen, Handelsabkommen, aber auch Vertragsabschlüsse einzelner Unternehmen.

- **1. Internationales Deutschlandforum**

Anfang Juni lud die Bundeskanzlerin über hundert Experten aus dem In- und Ausland zum [1. Internationalen Deutschlandforum](#) und diskutierte mit ihnen über das Thema „Was Menschen wichtig ist – Lebensqualität und Fortschritt“. Die Bundeskanzlerin will mit dem Internationalen Deutschlandforum ein neues Diskussionsformat für Zukunftsfragen schaffen. Die Idee dazu stammt aus dem Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin. Künftig soll auf dem Internationale Deutschlandforum einmal jährlich über Themen gesprochen werden, die für viele Staaten relevant sind und mit deren Beantwortung wesentliche Weichen für die Zukunft gestellt werden.

### 9.2. Partner in Europa

Die Europapolitik ist derzeit von der Bekämpfung der Euroschuldenkrise sowie der Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion geprägt. Die Bundesregierung setzt alles daran, die Krise zu bewältigen und die Grundlagen für ein stabiles, sicheres



und wirtschaftlich wie politisch [starkes Europa](#) zu schaffen. Europa ist ein Gewinn für Deutschland, ein Gewinn für alle Bürger. Europa, das ist das Ziel der Bundesregierung, soll stärker aus der Krise herauskommen als es hineingegangen ist.

- **Regierungskonsultationen in der EU**

Auch die bilateralen Beziehungen innerhalb der EU stehen im Zeichen der Bewältigung der Euro-Krise und der Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion. Zahlreiche Treffen dienen der Vorbereitung europäischer Beschlüsse. Bei [Regierungskonsultationen](#) zum Beispiel mit Polen am 14. November 2012 und mit den Niederlanden am 23. Mai 2013 ging es um die ganze Bandbreite der Zusammenarbeit.

- **50. Jahrestag des Élysée-Vertrags**

Grundlage der europäischen Zusammenarbeit ist die deutsch-französische Aussöhnung. So haben Deutschland und Frankreich den [50. Jahrestag des Élysée-Vertrags](#) am 22. Januar 2013 mit einer gemeinsamen Parlamentssitzung und einem deutsch-französischen Ministerrat in Berlin begangen. Das Deutsch-Französische Jahr 2012/2013 macht deutlich: Eine gute Zukunft in der EU schaffen wir nur gemeinsam.

- **Beitritt Kroatiens und EU-Erweiterung**

Der [Beitritt Kroatiens](#) zur Europäischen Union am 1. Juli 2013 zeigt: Neben der Vertiefung der Zusammenarbeit bleibt die Erweiterung der EU auf der Tagesordnung. Mit Montenegro haben die Beitrittsverhandlungen am 29. Juni 2012 begonnen. Der Europäische Rat am 27./28. Juni 2013 hat beschlossen, spätestens im Januar 2014 mit Serbien Verhandlungen über einen Beitritt zu beginnen. Mit der Türkei soll ein neues Verhandlungskapitel geöffnet werden. Die Eröffnungskonferenz kann jedoch erst nach Billigung eines weiteren Fortschrittsberichts der EU-Kommission im Herbst 2013 stattfinden.

- **Deutschland und die Vereinten Nationen**

2011 und 2012 war Deutschland [Mitglied im UN-Sicherheitsrat](#). Vielfältige Konflikte, vor allem in Afrika und im arabischen Raum, standen im Mittelpunkt. Deutschland hatte den Vorsitz in der Arbeitsgruppe "Kinder und bewaffnete Konflikte" sowie im Al Qaida-/Talibansanktionsausschuss und war federführend bei Afghanistan-Fragen. Unter deutschem Vorsitz wurde im September 2012 die Erklärung zur neuen Rolle der Arabischen Liga verabschiedet.

- **Deutschland erneut für drei Jahre im VN-Menschenrechtsrat**

Am 12. November 2012 ist Deutschland erneut für drei Jahre in den [UN-Menschenrechtsrat](#) gewählt worden. Am 24. Oktober 2012 hat das Bundeskabinett den [10. Menschenrechtsbericht](#) der Bundesregierung beschlossen.

- **Nachhaltige Entwicklung**

Beim [Weltgipfel der UN zu nachhaltiger Entwicklung](#) in Rio de Janeiro im Juni 2012 hat sich Deutschland für die globale Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda eingesetzt. Die

Staaten haben unter anderem beschlossen, universell gültige Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) zu erarbeiten und das bestehende UN-Umweltprogramm (UNEP) aufzuwerten und zu stärken.

### 9.3. Weltweite Krisenherde

- **Syrien**

Die Bundesregierung engagiert sich mit ihren Partnern, um internationale Krisenherde zu entschärfen und politische Lösungen zu finden. In [Syrien](#) sucht die Bundesregierung nach Wegen aus der Bürgerkriegsgewalt und leistet seit zwei Jahren humanitäre Hilfe. Sie setzt sich für eine internationale Syrien-Konferenz (Genf II) und die Bildung einer Übergangsregierung ein.

[Aufnahme syrischer Flüchtlinge](#): Deutschland legt in der Flüchtlingspolitik den Schwerpunkt auf die Hilfe vor Ort. Aufgrund der zunehmenden Flüchtlingsnot in Syrien und seinen Anrainerstaaten nimmt Deutschland darüber hinaus 2013 rund 5.000 besonders schutzbedürftige syrische Flüchtlinge auf - im Vorgriff auf eine gemeinsame europäische Aufnahmeaktion.

- **Länder des „Arabischen Frühlings“**

Die Bundesregierung hilft den Ländern des sogenannten "[Arabischen Frühlings](#)" durch Transformationspartnerschaften. Für Maßnahmen, die den demokratischen und rechtsstaatlichen Wandel in der Region fördern, hat sie 2012 und 2013 100 Millionen Euro bereitgestellt. Aus diesen zusätzlichen Mitteln erhalten Ägypten, Tunesien und weitere Länder wie Jordanien, Libyen und Marokko Hilfe.

- **Mali**

Seit März 2013 unterstützt Deutschland die afrikanisch geführte Operation AFISMA in [Mali](#) mit Lufttransportmitteln – und wird dies auch weiter tun, wenn die Operation in die UN-geführte Mission MINUSMA umgewandelt ist. Darüber hinaus beteiligt sich Deutschland an der europäischen Ausbildungsmission EUTM Mali. Auch die Entwicklungszusammenarbeit mit Mali hat Deutschland nach kurzer Unterbrechung wieder aufgenommen.

- **Zerfallende Staaten**

[Zerfallende Staaten](#) bilden zunehmend eine Gefahr für die regionale und internationale Sicherheit. Im September 2012 hat die Bundesregierung Leitlinien für den Umgang mit „fragilen Staaten“ beschlossen. Ziel ist es, Reformprozesse in den betroffenen Ländern wirksam zu unterstützen.

## 9.4. Sicherheitspolitik

- **NATO**

Die [NATO](#) bleibt zentrales Verteidigungsbündnis, setzt aber gleichzeitig auf Krisenmanagement und kooperative Sicherheit. Deutschland steht zu seinen Bündnisverpflichtungen. So schützt die Bundeswehr – zusammen mit Kräften aus den USA und den Niederlanden – seit Januar 2013 den NATO-Partner Türkei mit „Patriot“-Flugabwehrraketensystemen vor eventuellen Übergriffen aus Syrien. Die Operation trägt den Namen „Active Fence“.

- **Abrüstung**

[Abrüstung](#) und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen bleiben wichtige Eckpunkte der Sicherheitspolitik. Im Bereich der Nichtverbreitungspolitik stehen das nordkoreanische sowie das iranische Atomprogramm im Vordergrund.

- **Neuausrichtung der Bundeswehr**

Die Bundeswehr soll in einem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld leistungsfähig, und finanzierbar bleiben – und auch dem demografischen Wandel Rechnung tragen. Wichtige Maßnahmen sind die Aussetzung der Wehrpflicht, der Ausbau des freiwilligen Wehrdienstes und die Straffung der Strukturen von Verteidigungsministerium und Streitkräften. Der Verteidigungsminister hat dazu am 8. Mai 2013 einen Bericht zum Stand der [Bundeswehrreform](#) vorgelegt.

## 9.5. Beteiligung an internationalen Einsätzen

- **Bundeswehreinsätze im Ausland**

Deutschland beteiligt sich mit durchschnittlich rund 6.000 Soldaten an mehr als einem Dutzend [Missionen im Ausland](#). Neben Afghanistan und den neuen Einsätzen in Mali und der Türkei engagiert sich Deutschland weiterhin zusammen mit der EU am Horn von Afrika bei der Piratenbekämpfung. Das ATALANTA-Mandat ist im Mai 2013 verlängert worden. Seit Juli 2012 helfen deutsche Soldaten und Polizisten im Rahmen der EU-Mission EUCAP NESTOR den Staaten am Horn von Afrika, ihre Seegebiete selbst zu schützen.

## 9.6. Afghanistan

In [Afghanistan](#) (ISAF und UNAMA) sind noch mehr als 4.000 deutsche Soldaten im Einsatz. Am 31. Januar 2013 hat der Bundestag das Mandat für ISAF bis Ende Februar 2014 verlängert. Der aktuelle Zwischenbericht der Bundesregierung zum Fortschritt in Afghanistan vom Juni 2013 informiert über Schritte zur Übergabe der Verantwortung an die Afghanen und damit das Ende der ISAF-Mission bis 31. Dezember 2014. Die Bundesregierung hat am 18. April 2013 Eckpunkte für ein deutsches Engagement zur Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte nach 2014 vorgestellt.

- **Beteiligung deutscher Polizeibeamter an internationalen Missionen**

Deutsche [Polizei- und Zollbeamte](#) beteiligen sich weiterhin an Missionen der UN und der EU. Auch beim Aufbau einer professionellen afghanischen Polizei helfen sie mit.

- **Würdigung deutscher Peacekeeper**

Im Juni hat die Bundesregierung bei einer zentralen Veranstaltung erstmals deutsche [Peacekeeper](#) ausgezeichnet. Damit hat sie den weltweiten Einsatz von Soldaten, Polizisten und Zivilisten für Friedensschaffung und -erhaltung gewürdigt.

- **Entwicklungspolitik**

Deutschland ist weltweit das drittgrößte Geberland in der Entwicklungszusammenarbeit. Im [14. Bericht zur Entwicklungspolitik](#) vom April 2013 zeigt die Bundesregierung, wie sie ihr Konzept der Zusammenarbeit umsetzt.

- **Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit**

Mit der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist die Arbeit effizienter geworden. Vorher waren die staatlichen Durchführungsorganisationen nebeneinander tätig. Seit 2013 werden auch die einzelnen Entwicklungsmaßnahmen zentral überprüft. Das [Deutsche Evaluierungsinstitut](#) der Entwicklungszusammenarbeit hat mit dem Evaluierungsprogramm 2013 bis 2015 die Arbeit aufgenommen.

- **Jahresthema „Zukunftsentwickler“**

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die GIZ und die KfW haben 2013 ihr [Jahresthema „Zukunftsentwickler“](#) fortgesetzt. Es befasst sich mit der Frage, wie man globalen Herausforderungen in der internationalen Zusammenarbeit begegnen kann. Ziel: Synergien in der Zusammenarbeit erreichen – ob es um kleine Unternehmen in Nordafrika oder um das Bildungssystem in Pakistan geht.

Mit der Einbindung der lokalen, deutschen und internationalen Wirtschaft in die Entwicklungszusammenarbeit werden [neue Potentiale](#) für die Kooperation nutzbar gemacht. Die afrikanischen Länder sind immer stärker in den globalen Welthandel eingebunden.

- **Bildungspolitik**

Deutschland ist im Bereich Bildung zweitgrößter Geber weltweit. Die Bildungsstrategie 2010 bis 2013 „[Zehn Ziele für mehr Bildung](#)“ setzt auf ganzheitliche Bildungsförderung und zielt auf mehr Qualität, Wirksamkeit und Dialog. Unterstützt werden hauptsächlich afrikanische Staaten, vor allem fragile Länder.

- **Aufbau nachhaltiger ziviler Strukturen**

Ob friedenserhaltende Maßnahmen gelingen, hängt auch vom [Aufbau beständiger ziviler Strukturen](#) ab. Das deutsche Engagement in Afghanistan ist hierfür ein Beispiel. Die Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich nicht nur auf Maßnahmen der Not- und Übergangshilfe, sondern schwerpunktmäßig auf gute Regierungsführung,

Polizeiausbildung, Energie, Wasserversorgung, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sowie Grund- und Berufsbildung.

## 10. Kultur- und Medienpolitik

Die [Kulturpolitik des Bundes](#) hat die Aufgabe, kulturelle Einrichtungen und Stätten zu erhalten und das kulturelle Leben zu fördern. 2013 ist der Etat des Kulturstaatsministers zum achten Mal in Folge gestiegen, auf nunmehr 1,28 Milliarden Euro.

### 10.1. Kulturelles Erbe bewahren

- **Denkmalschutz**

2012 und 2013 hat der Bund [Denkmalschutz](#)-Sonderprogramme beim Kulturstaatsminister aufgelegt. Mit insgesamt 68 Millionen Euro zusätzlich unterstützt die Bundesregierung damit die Sanierung von Denkmälern im gesamten Bundesgebiet. Außerdem fördert sie den Denkmalschutz z.B. mit dem Programm „National wertvolle Kulturdenkmäler“.

- **National bedeutende Denkmäler**

Mit dem Großprojekt [Museumsinsel](#) in Berlin geht es voran: Als weiteres Teilstück ist 2012 das Archäologische Zentrum eröffnet worden. Die Berliner [Staatsbibliothek](#) Unter den Linden konnte im März 2013 ihren neuen Lesesaal eröffnen und damit eine wichtige Bauphase vor der vollständigen Sanierung abschließen. Weitere Restaurierungsprojekte, die mit Hilfe des Bundes vollendet wurden, sind u.a. das Goethe-Schiller-Archiv in Weimar und der „Riesensaal“ im Dresdner Residenzschloss.

- **Reformationsjubiläum**

Die Bundesregierung fördert im Vorfeld des [Reformationsjubiläums](#) 2017 wichtige Baumaßnahmen und Projekte. So auch die Sanierung des Melanchthon-Hauses in Wittenberg, das jetzt wiedereröffnet werden konnte. Außerdem fördert die Bundesregierung Veranstaltungen wie Ausstellungen, Konzerte, Konferenzen und Maßnahmen der kulturellen Bildung zum Thema Reformation.

- **Schutz Immateriellen Kulturguts**

Tanz und Theater, alte Handwerkstechniken und traditionelle Feste – das alles gehört zum kulturellen Erbe der Menschheit. Im Dezember 2012 hat die Bundesregierung den Beitritt zum UNESCO-Abkommen zum [Schutz immateriellen Kulturerbes](#) beschlossen. Im April 2013 wurde die Ratifikationsurkunde in Paris an die UNESCO übergeben. Das Abkommen tritt drei Monate danach in Deutschland in Kraft. Damit sollen auch in Deutschland Kulturformen und regionale Traditionen besser bewahrt werden.

## 10.2. Kultureinrichtungen fördern

Die Bundesregierung fördert bundesweit national bedeutende [Kultureinrichtungen](#). Dazu gehören auch aktuelle Bauprojekte wie das Berliner Stadtschloss mit dem [Humboldtforum](#). In Juni 2013 wurde der Grundstein für den Bau gelegt. Außerdem konnte die Kulturstiftung des Bundes in Halle ihren Neubau und das Jüdische Museum Berlin seine Akademie eröffnen.

## 10.3. Kulturelle Bildung

- **Kulturelle Bildung für alle**

Die Bundesregierung unterstützt die [Vermittlung von Kultur](#). Dazu gehören 2012/13 auch der „BKM-Preis Kulturelle Bildung“ oder das Modellprojekt „Kulturagenten für kreative Schulen“. Beratungsteams unterstützen Kultureinrichtungen dabei, neue Zielgruppen zu erschließen. 2012 hat der Bund das „Netzwerk Kulturelle Bildung und Integration“ bei der Stiftung Genshagen gegründet.

- **„Kultur macht stark“**

Unter diesem Motto fördert die Bundesregierung seit 2013 [außerschulische Angebote](#) für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Das können Ferienfreizeiten und Sommerakademien mit kulturellem Bezug, Musik- und Theaterinszenierungen oder Paten- und Mentorenprogramme sein. Die jungen Menschen werden damit an Kunst, Musik, Literatur oder neue Medien herangeführt. Für die Förderung über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren stehen 2013 rund 30 Millionen Euro zur Verfügung.

## 10.4. Verbesserung der Medienkompetenz

- **Medienkompetenz vermitteln**

Der Bund unterstützt Projekte für Kinder und Jugendliche zum [Umgang mit Medien](#): Die Initiative „Ein Netz für Kinder“ bietet einen sicheren Surfraum für Kinder. „Vision Kino“ hat mit den „SchulKinoWochen“ 2012 bundesweit 710.000 Schüler mit dem Medium Film vertraut gemacht und Lehrkräfte fortgebildet. Die „Nationale Initiative Printmedien“ macht junge Leute auf den Wert von Zeitungen und Zeitschriften aufmerksam.

- **Start KinderServer - sicheres Surfen für Kinder**

Mit Hilfe des neuen [KinderServers](#) lassen sich Computer und mobile internetfähige Geräte mit wenigen Klicks in einen sicheren Surf-Modus für Kinder schalten.



## 10.5. Kultur online für alle

- **Die Deutsche Digitale Bibliothek**

Seit 2012 ist die Beta-Version der [Deutschen Digitalen Bibliothek](#) online. Dieses Projekt macht schrittweise die digitalen Bestände von über 30.000 deutschen Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen über ein Portal zugänglich. Die Bundesregierung fördert das Projekt unter Wahrung der Urheberrechte.

- **Zugang zu „verwaisten Werken“ erleichtern**

Eine Nutzung von Werken, bei denen der Urheber unauffindbar ist, war bisher nicht möglich. Die Bundesregierung hat dafür Regelungen erarbeitet. Künftig sollen „[verwaiste und vergriffene](#)“ Werke in Bibliotheken, Archiven und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten digitalisiert und ins Internet gestellt werden können. Das erleichtert den Zugang zum kulturellen Erbe.

## 10.6. Film und deutsche Filmwirtschaft

- **Deutscher Filmförderfonds wird fortgesetzt**

Der [Deutsche Filmförderfonds](#) (DFFF) hat den Filmstandort Deutschland wesentlich gestärkt. Der Fonds ist bis 2015 verlängert und um zehn auf 70 Millionen Euro erhöht worden.

- **Filmförderung barrierefrei weiterentwickelt**

Seh- und hörbehinderte Menschen sehen die Filme, die der Bund fördert, künftig [barrierefrei](#). Dazu hat die Bundesregierung das Filmförderungsgesetz überarbeitet und außerdem an die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Filmsektor angepasst.

- **Zentrale Datenbank für das deutsche Filmerbe**

Die Bundesregierung hat eine Änderung des Bundesarchivgesetzes beschlossen und eine [Pflichtregistrierung](#) für deutsche Filme geschaffen. Damit soll das nationale Filmerbe lückenlos erfasst und eine zentrale Datenbank beim Bundesarchiv geschaffen werden.

## 10.7. Gedenken und Erinnern

- **Mahnmale, Gedenkstätten und Museen**

Zum Gedenken an den Völkermord an Sinti und Roma im Nationalsozialismus wurde im Oktober 2012 in Berlin ein Mahnmal eingeweiht. Neue Dauerausstellungen sind in der [Gedenkstätte](#) Lager Sandbostel bei Bremervörde und im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide zu sehen. Das deutsch-russische Museum Berlin-Karlshorst ist nach umfassender Sanierung wieder geöffnet.

- **Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung**

Mit dem Baubeginn im Berliner Deutschlandhaus hat die [Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung](#) im Juni 2013 einen wichtigen Meilenstein erreicht. Nun entsteht ein

modernes Ausstellungs-, Informations- und Dokumentationszentrum. Es soll die Erinnerung an Flucht und Vertreibung wach halten und zur Versöhnung beitragen.

- **Bericht zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur**

Auch über 20 Jahre nach der Wiedervereinigung bleibt die [Aufarbeitung der SED-Diktatur](#) aktuell. Im Januar 2013 hat die Bundesregierung einen Bericht veröffentlicht, der den Stand der Aufarbeitung umfassend dokumentiert. Insgesamt unterstützt der Bund die geschichtliche Aufarbeitung der SED-Diktatur jährlich mit etwa 100 Millionen Euro.

## 10.8. Weltweite Kulturpolitik: Schaufenster Deutschlands

Interesse an Deutschland wecken, weltweit Freunde gewinnen: Das sind Ziele der [Auswärtigen Kulturpolitik](#). Kulturelle Angebote wie die Förderung des Deutschlernens oder sogenannte „Deutschlandjahre“ in Partnerländern schaffen weltweit Vertrauen in unser Land.

- **Bericht zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik**

Im Januar 2013 hat die Bundesregierung den Bericht zur [Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 2011/12](#) vorgelegt. Er macht deutlich, wie vielfältig die Arbeit – vom Deutschkurs bis zur Orchesterreise – ist. Es geht darum, wirksame Netzwerke und langfristige Partnerschaften zu bilden.

- **Auslandsschulen**

Einen wichtigen Beitrag leisten die deutschen [Auslandsschulen](#) als Orte der Begegnung und des interkulturellen Dialogs. Derzeit gibt es 140 Einrichtungen in 71 Ländern mit 79.000 Schülern. Am 20. März 2013 hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf beschlossen, der die öffentlich-private Partnerschaft im Auslandsschulwesen auf eine verlässliche Grundlage stellen soll.

- **Projekt „Deutschlandjahre“**

Die Bundesregierung fördert [„Deutschlandjahre“](#) mit ausgewählten Partnern. Hieran beteiligen sich u.a. Goethe-Institute, DAAD und Internationale Handelskammern. Von „Zahllose Möglichkeiten“ (Indien) über „Gemeinsam die Zukunft gestalten“ (Russland) bis zu „Wo Ideen sich begegnen“ (Brasilien): Hier geht es um die ganze Vielfalt der Beziehungen – weit über das Politische hinaus.

## Chronologie der politischen Ereignisse

### *Juli 2012 bis Juni 2013*

#### *Juli 2012*

- 03.07. Die Bundeskanzlerin empfängt den slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico zu einem Gespräch.
- 04.07. Deutsch-Italienische Regierungskonsultationen in Rom. Die Bundeskanzlerin und der italienische Ministerpräsident Monti sprechen über die Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates.
- 05.07. Die Bundeskanzlerin empfängt den Präsidenten des libanesischen Ministerrats Najib Mikati zu einem Gespräch.
- 08.07. Deutsch-französisches Treffen in Reims: Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Hollande gedenken der deutsch-französischen Versöhnungsmesse in der Kathedrale von Reims vor 50 Jahren.
- 09.-11.07. Bei ihrem Besuch in Indonesien wird die Bundeskanzlerin am 10. Juli vom indonesischen Staatspräsidenten Susilo Bambang Yudhoyono in Jakarta empfangen.
- 16./17.07. Im Mittelpunkt des 3. Petersberger Klimadialogs in Berlin steht die Vorbereitung der UN-Klimakonferenz in Katar Ende 2012.

- 18.07. Besuch der thailändischen Premierministerin Yingluck Shinawatra bei der Bundeskanzlerin.
- 19.07. Sondersitzung des Bundestages zur Entscheidung über die Finanzhilfen für Spanien aus dem Rettungsschirm EFSF.
- 27.07. In einer Gemeinsamen Erklärung bekräftigen Staatspräsident Hollande und Bundeskanzlerin Merkel ihre Entschlossenheit, den Euro zu schützen.
- 29.07. Bundestag und Bundesrat stimmen dem dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM zu.

*August 2012*

- 15./16.08. Besuch der Bundeskanzlerin in Kanada. Gespräch mit dem kanadischen Ministerpräsidenten Stephen Harper über die deutsch-kanadische Zusammenarbeit in Wirtschaft und Wissenschaft.
- 22.08. Besuch der Bundeskanzlerin in der Republik Moldau. Gespräch mit dem moldauischen Ministerpräsidenten Vlad Filat und dem Präsidenten Nicolae Timofti über bilaterale Fragen und den Transnistrien-Konflikt.
- 23.08. Der französische Staatspräsident Hollande trifft die Bundeskanzlerin in Berlin zu einem Gespräch über die Staatsschuldenkrise in Europa.

- 24.08. Antrittsbesuch des griechischen Ministerpräsidenten Antonis Samaras bei der Bundeskanzlerin. Gespräch über die wirtschafts- und finanzpolitische Situation in Griechenland und den Stand des Reformprogramms.
- 28.08. Zum Abschluss ihres Zukunftsdialogs empfängt die Bundeskanzlerin die rund 130 Experten, die daran beteiligt waren. Sie überreichen ihren Ergebnisbericht.
- 29.08. Die Bundeskanzlerin empfängt den italienischen Ministerpräsidenten Monti zu einem Gespräch über die Lage in der Eurozone.
- 30./31.08. 2. Deutsch-Chinesische Regierungskonsultationen in Peking. Die Bundeskanzlerin und zahlreiche Bundesminister führen Gespräche mit der chinesischen Regierung und unterzeichnen verschiedene Abkommen.
- September 2012*
- 04.09. Die Bundeskanzlerin empfängt den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, im Kanzleramt.
- 04.09. Zum 1. Jahrestag des Bundesfreiwilligendienstes würdigt die Bundeskanzlerin das Engagement von jungen und älteren „Bufdis“ im Bundeskanzleramt
- 06.09. Die Bundeskanzlerin reist zu einem bilateralen Gespräch mit dem spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy nach Madrid.

- 07.09. Die Bundeskanzlerin führt in Wien Gespräche mit dem österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann über Europa und den Euro.
- 07.09. Die Bundeskanzlerin erörtert in Köthen mit den Regierungschefs der neuen Bundesländer aktuelle Themen zur Entwicklung der ostdeutschen Länder
- 11.09. Die Bundeskanzlerin eröffnet die Internationale Luft- und Raumfahrttausstellung (ILA) in Berlin.
- 13.09. Die Deutschlandstiftung Integration präsentiert die Initiative „Geh Deinen Weg“ im Bundeskanzleramt. Ihr Ziel ist die bessere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft.
- 19.09. Antrittsbesuch des kroatischen Ministerpräsidenten Zoran Milanovic. Gespräch mit der Bundeskanzlerin über die bilateralen Beziehungen und europapolitische Themen sowie den geplanten Beitritt Kroatiens zur EU.
- 22.09. Anlässlich des 50. Jahrestages der Rede Charles de Gaulles an die deutsche Jugend trifft die Bundeskanzlerin im Ludwigsburger Schloss mit dem französischen Staatspräsidenten Francois Hollande zusammen.
- 25.09. Die Bundeskanzlerin empfängt den Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, zu einem Austausch über aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion.

*Oktober 2012*

- 01.10. Die Bundeskanzlerin empfängt Vertreter der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft zu einem Spitzengespräch über Elektromobilität.
- 03.10. Feierlichkeiten zum 22. Tag der Deutschen Einheit in München
- 04.10. Besuch des Präsidenten der Republik Jemen, Abdrabu Mansour Hadi Mansourbei, bei der Bundeskanzlerin. Im Mittelpunkt des Treffens stehen der Transformationsprozess und die Sicherheitslage im Jemen und in der Region.
- 04.10. Erster Demografiegipfel der Bundesregierung mit Vertretern der Länder und Kommunen, der Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Einsetzung von ebenenübergreifenden Arbeitsgruppen zu neun Themenfeldern.
- 09.10. Die Bundeskanzlerin reist zu Gesprächen mit dem griechischen Ministerpräsidenten Antonis Samaras nach Athen. Im Mittelpunkt stehen die Entwicklung im Euroraum und aktuelle finanzpolitische Fragen.
- Der Euro-Rettungsschirm ESM nimmt seine Arbeit auf. Die Eurozone verfügt jetzt über ein dauerhaftes Instrument der Krisenbewältigung.
- 10.10. Der Nationale Normenkontrollrat übergibt der Bundeskanzlerin den diesjährigen Jahresbericht.
- 11.10. Die Bundeskanzlerin empfängt den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zu Gesprächen über die Lage in der Eurozone, die bilateralen Beziehungen sowie die innenpolitischen Entwicklungen.



- 12.10. Die Europäische Union erhält den Friedensnobelpreis 2012. Die Bundeskanzlerin bezeichnet die Verleihung als „Ansporn und Verpflichtung zugleich“.
- 15.10. Die Bundeskanzlerin empfängt den panamaischen Staatspräsidenten Ricardo Martinelli Berrocal.
- 16.10. Die Bundeskanzlerin spricht auf dem Deutschen Arbeitgebertag 2012 über die Krise im Euroraum, die Lage am deutschen Arbeitsmarkt und die Maßnahmen der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung.
- Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt bei der Bundeskanzlerin. Es geht um die Vorbereitung des nächsten Europäischen Rates.
- 17.10. Die Bundesregierung verlängert den Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin bis Ende 2014.
- 18.10. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur Vorbereitung des Europäischen Rats.
- 18./19.10. Beim Europäischen Rat in Brüssel einigen sich die Staats- und Regierungschefs auf Eckpunkte für eine europäische Bankenaufsicht.
- 22.10. Die Bundeskanzlerin eröffnet die Bundeswehrtagung in Strausberg und zieht eine Zwischenbilanz zur Neuausrichtung der Bundeswehr.

- 24.10. Eröffnung des Denkmals der Erinnerung für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma in Berlin.
- 25.10. Die Bundeskanzlerin empfängt den lettischen Präsidenten Andris Bērziņš.
- 30.10. Die Kanzlerin empfängt die Chefs der fünf internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen OECD, IWF, Weltbank, WTO und ILO zu einem Gespräch über aktuelle weltwirtschaftliche Fragen.

*November 2012*

- 01.11. Die Bundeskanzlerin empfängt den irischen Ministerpräsidenten Enda Kenny zu einem Gespräch über aktuelle bilaterale und internationale Themen sowie Fragen der EU und OSZE.
- 02.11. Die Bundeskanzlerin spricht mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Umsetzung der Energiewende.
- 05.11. Die Bundeskanzlerin besucht die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland.
- 07.11. Die Bundeskanzlerin nimmt das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entgegen. Es würdigt die Reformanstrengungen auf europäischer Ebene und bescheinigt Deutschland Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung.

Die Bundeskanzlerin hält eine Grundsatzrede vor dem Europäischen Parlament in Brüssel. Anschließend führt sie in

London ein Gespräch mit dem britischen Premierminister David Cameron über die Lage in der Eurozone.

08.11. Der Bundestag beschließt die Einführung des Betreuungsgeldes ab August 2013: eine finanzielle Unterstützung für Eltern, die für ihre ein- bis zweijährigen Kinder keine öffentlich geförderte Betreuung in Anspruch nehmen.

Die Bundeskanzlerin empfängt den finnischen Präsidenten Sauli Väinämö Niinistö zu einem Gespräch über europapolitische Fragen.

12.11. In Lissabon führt die Bundeskanzlerin Gespräche mit dem portugiesischen Staatspräsidenten Anibal Antonio Cavaco Silva und Ministerpräsident Pedro Passos Coelho.

13.11. Siebter Nationaler IT-Gipfel in Essen unter dem Motto „digitalisieren\_vernetzen\_gründen“.

14.11. In Berlin finden deutsch-polnische Regierungskonsultationen mit Bundeskanzlerin Merkel und Premierminister Donald Tusk statt. Themen sind die Wirtschafts- und Währungsunion, EU-Erweiterungsfragen und Beziehungen zu den Ländern der östlichen Partnerschaft (Ukraine).

15.11. Die Bundeskanzlerin empfängt den französischen Premierminister Jean-Marc Ayrault zu einem Gespräch über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU, Fragen der europäischen Bankenaufsicht und die Lage in der Eurozone.

Zur Vorbereitung des Europäischen Rates am 22./23.11.2012 empfängt die Bundeskanzlerin den niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte.

- 16.11. Bei den 14. Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen in Moskau geht es um die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die Modernisierungspartnerschaft sowie die russische G20-Präsidentschaft 2013.
- 22./23.11. Sondergipfel des Europäischen Rates in Brüssel über den mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020.
- 25.11. Die Bundeskanzlerin besucht die Ratsversammlung des Zentralrats der Juden in Deutschland in Frankfurt am Main.
- 26.11. Die Bundeskanzlerin empfängt den Präsidenten der Republik Benin, Thomas Boni Yayi.
- 29.11. Die Jüdischen Gemeinde zu Berlin zeichnet die Bundeskanzlerin mit dem Heinz-Galinski-Preis aus.
- 31.11. Die Bundeskanzlerin und der türkische Ministerpräsident, Recep Tayyip Erdogan sprechen über die bilateralen Beziehungen und internationale Fragen wie die Lage in Syrien.

*Dezember 2012*

- 06.12. Die 4. Deutsch-Israelischen Regierungskonsultationen haben das Ziel, die bilaterale Kooperation in Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung sowie im Jugendaustausch weiter auszubauen.

10.12. Das norwegische Nobelkomitee verleiht der Europäischen Union den Friedensnobelpreis 2012. Die Auszeichnung würdigt den Beitrag der EU für Frieden und Aussöhnung in Europa.

Die Klimakonferenz in Doha beschließt die Verlängerung des Kyoto-Protokolls bis 2020.

11.12. Die Bundeskanzlerin empfängt den Präsidenten der kirgisischen Republik, Almazbek Atambaev, zu einem Gespräch über die wirtschaftlichen Beziehungen und regionalpolitische Fragen.

13.12. In ihrer Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 13./14. Dezember in Brüssel fordert die Bundeskanzlerin mehr wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU.

Die EU-Finanzminister einigen sich auf eine einheitliche Kontrolle der großen Banken in der Euro-Zone.

13./14.12. Der Europäische Rat in Brüssel vereinbart ein konkretes Arbeitsprogramm zur Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion.

### *Januar 2013*

08.01. Die Bundeskanzlerin empfängt den griechischen Ministerpräsidenten Antonis Samaras zu einem Meinungsaustausch zur Lage in Griechenland und im Euro-Raum.

09.01. Die Bundeskanzlerin empfängt den Premierminister von Malta, Lawrence Gonzi.

- 16.01. Die Bundeskanzlerin empfängt den Präsidenten der Elfenbeinküste, Alassane Ouattara, zu einem Gespräch über die Lage in Mali und eine mögliche Konfliktlösung.
- 21.01 Die Bundeskanzlerin und der französische Staatspräsident diskutieren mit 200 deutschen und französischen Jugendlichen im Bundeskanzleramt.
- 21./22.01. 50 Jahre Unterzeichnung des Elysée-Vertrags: Präsident Hollande, das französische Kabinett und Abgeordnete der Assemblée Nationale nehmen an dem Festprogramm in Berlin teil.
- 23.01. Die Bundeskanzlerin empfängt den Präsidenten der Republik Benin, Thomas Boni Yayi, zu einem Gespräch über die sicherheitspolitischen Entwicklungen in Afrika und die Lage in Mali.
- 24.01. Rede der  
Bundeskanzlerin vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos
- 26./27.01. Die Bundeskanzlerin besucht die Republik Chile und trifft Präsident Sebastian Piñera. In Santiago de Chile wird die Übereinkunft zur deutsch-chilenischen Rohstoffpartnerschaft unterzeichnet. Anschließend nimmt die Bundeskanzlerin am 1. Gipfel der EU mit der „Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten“ teil. Es geht um eine strategische Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung.
- 30.01. Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag. Die Gedenkrede hält die Autorin und Journalistin Inge Deutschkron.

Die Bundeskanzlerin empfängt den ägyptischen Staatspräsidenten Mohammed Mursi zu einem Gespräch über die Lage in Ägypten, den Nahostfriedensprozess und die Situation in Syrien.

31.01./01.02. Auf Einladung des Bundeskanzleramts treffen im Auswärtigen Amt Experten aus über 40 Ländern zur International Regulatory Reform Conference (IRRC) zusammen, um aktuelle Fragen auf dem Gebiet der besseren Rechtsetzung zu diskutieren"

*Februar 2013*

01.02. Die Bundeskanzlerin empfängt den amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden zu einem Meinungsaustausch über bilaterale Beziehungen sowie aktuelle internationale Fragen.

Die Bundeskanzlerin empfängt die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Erste Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Catherine Ashton.

04.02.

24.

Deutsch-Spanische Regierungskonsultationen in Berlin.

06.02. Treffen der Bundeskanzlerin mit dem französischen Präsidenten Hollande in Paris zur Vorbereitung des Europäischen Rats.

- 07./08.02. Der Europäische Rat in Brüssel einigt sich auf den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020.
- 09.02. Rücktritt der Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan.
- 14.02. Vereidigung der neuen Bundesbildungsministerin Johanna Wanka
- 20.02. Die Bundeskanzlerin besucht den norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg in Oslo.
- 21.02. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Brüssel: EU-Haushalt mit Augenmaß beschlossen.
- 25.02. Die Bundeskanzlerin besucht deutsche Truppen an der Grenze zu Syrien. Anschließend trifft sie den türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan und Staatspräsident Gül in Ankara.
- 26.02. Besuch des neuen US-Außenministers John Kerry bei der Bundeskanzlerin
- 28.02. Die Bundeskanzlerin empfängt den italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano zu einem Meinungsaustausch über europapolitische und bilaterale Themen.

*März 2013*



- 04.03. Die Bundeskanzlerin eröffnet die internationale Computermesse CeBIT in Hannover. Sie trifft dort den polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk, Polen ist in diesem Jahr offizielles Gastland.
- 05.03. Die Bundeskanzlerin empfängt den Staatspräsidenten Indonesiens, Susilo Bambang Yudhoyono. Sie eröffnen gemeinsam die Internationale Tourismusbörse (ITB) in Berlin. Indonesien ist das diesjährige Partnerland.
- 06.03. Treffen der Regierungschefs der vier Visegrád-Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn und Slowakei) in Warschau.
- 12.03. Auf Einladung der Bundeskanzlerin und der Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend findet der 1. Familiengipfel der Bundesregierung statt. Damit wird ein Vorschlag des Zukunftsdialogs der Bundeskanzlerin umgesetzt.
- Die Bundeskanzlerin empfängt den ungarischen Staatspräsidenten János Áder zu einem Antrittsbesuch in Berlin.
- 13.03. Beginn der Demografiereise von Bundeskanzlerin Merkel mit dem Besuch eines Familienzentrums in Neumünster. Bis Anfang Mai folgen sechs weitere Stationen in Bayern, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.
- 14./15.03. Der Europäische Rat in Brüssel befasst sich mit der Wirtschaftspolitik in der EU und unterstreicht die Bedeutung der Reformen zur dauerhaften Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.
- 18.03. Die Bundeskanzlerin empfängt den französischen Staatspräsidenten François Hollande und den Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, zu einem Gespräch in Berlin.

19.03. Bundeskanzlerin Merkel nimmt an der Amtseinführung von Papst Franziskus in Rom teil.

22.03. Die Bundeskanzlerin empfängt den tunesischen Staatspräsidenten Moncef Marzouki zu einem Gespräch über die Entwicklungen in Tunesien sowie die politische Lage in Nordafrika.

25.03. Symposium „300 Jahre Nachhaltigkeit ‚made in Germany‘ - Verantwortung und Chance“ im Bundeskanzleramt

*April 2013*

07./08.04. Die Bundeskanzlerin eröffnet gemeinsam mit dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin die Hannover Messe 2013. Russland ist in diesem Jahr Partnerland.

Die Bundeskanzlerin eröffnet in Kiel die 8. Nationale Maritime Konferenz.

10.04. Festakt „60 Jahre Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ in Nürnberg

11.04. 2. Deutsch-Indische Regierungskonsultationen. Die Bundeskanzlerin begrüßt den indischen Premierminister Manmohan Singh. Anschließend Plenarsitzung im Deutschen Bundestag.

12./13.04. Besuch des britischen Premierministers David Cameron im Gästehaus der Bundesregierung in Meseberg.

15.04. Die Bundeskanzlerin eröffnet in Berlin gemeinsam mit dem Premier- und Außenminister von Katar, Scheich Hamad bin Jassim bin Jabor Al-Thani, das „Wirtschafts- und Investitionsforum Katar“.

17.04. Die Bundeskanzlerin empfängt den Ministerpräsidenten Estlands, Andrus Ansip, zu einem Gespräch über bilateralen Beziehungen, die aktuelle Situation in der Eurozone und die Östliche Partnerschaft.

Am Nachmittag empfängt sie den Präsidenten der Republik Ecuador, Rafael Correa, zu einem Gespräch über die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, kulturellen und im Forschungsbereich.

18.04 Die Bundeskanzlerin nimmt am Jahresempfang des Deutschen Caritasverbandes teil.

25.04. Die Bundeskanzlerin empfängt den slowenischen Staatspräsidenten Borut Pahor zu einem Gespräch über die bilateralen Beziehungen, europapolitische Themen sowie die Lage in Slowenien.

30.04. Antrittsbesuch des neuen italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta bei der Bundeskanzlerin

#### *Mai 2013*

02.05 Abschluss der Demografiereise von Bundeskanzlerin Merkel mit dem Besuch der JenaOptronik-GmbH in Jena.

03.05. Die Bundeskanzlerin nimmt beim 34. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg an einem Podiumsgespräch zum Thema „Was ist die Schöpfung in der globalisierten Welt wert?“ teil.

- 05.-07.05. 4. Petersberger Klimadialog in Berlin auf Einladung der Gastgeber der nächsten UN-Klimakonferenz Polen und Deutschland.
- 06.05. Die Bundeskanzlerin besucht aus Anlass des EU-Projekttagess das Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium in Berlin.
- 07.05. Die Bundeskanzlerin empfängt Frauen in Führungspositionen im Bundeskanzleramt zu einer Konferenz und spricht mit ihnen über Bedingungen des beruflichen Erfolgs von Frauen.
- 08.05. Die Bundeskanzlerin empfängt den Staatspräsidenten der Republik Niger, Mahamadou Issoufou, zu einem Gespräch über die afrikanische Friedens- und Sicherheitsstruktur sowie die Lage im Nachbarland Mali und in der Sahelregion.
- 10.05. Bei einem Truppenbesuch in Masar-i-Scharif in Afghanistan zeigt die Bundeskanzlerin ihre Hochachtung für den Einsatz der Soldaten.
- 13.05. Die Bundeskanzlerin nimmt an der Jahrestagung des Rates für Nachhaltige Entwicklung in Berlin teil.
- 14.05. Zweiter Demografie Gipfel der Bundesregierung in Berlin. Die neun Arbeitsgruppen präsentieren die Ergebnisse, die sie seit Oktober 2012 erarbeitet haben.
- 16.05. Besuch des luxemburgischen Ministerpräsidenten Jean Claude Juncker bei der Bundeskanzlerin zur Vorbereitung des Europäischen Rates am 22. Mai in Brüssel.

- 18.05. Papst Franziskus empfängt die Bundeskanzlerin im Vatikan zu einer Privataudienz.
- 22.05. Europäischer Rat in Brüssel: Die Staats- und Regierungschefs geben ein klares Signal für die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und beraten über die Bedeutung der Energiepolitik für die europäische Wettbewerbsfähigkeit.
- Die Bundeskanzlerin wird in Brüssel mit dem Lord Jakobovits Prize of European Jewry (Preis des Europäischen Judentums) der Europäischen Rabbiner Konferenz ausgezeichnet.
- 23.05. Die Bundeskanzlerin empfängt den Ministerpräsidenten der Niederlande, Mark Rutte, zu den 1. Deutsch-Niederländischen Regierungskonsultationen in Kleve. Themen sind Wettbewerbsfähigkeit, Energie, Forschung und Innovation sowie Nachhaltigkeit.
- 26.-27.05. Der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang besucht Deutschland. Themen der Gespräche mit der Bundeskanzlerin sind die bilateralen Beziehungen, die Entwicklungen in China sowie die Wirtschafts- und Außenpolitik.
- 27.-28.05 Die Bundeskanzlerin nimmt an der Internationalen Konferenz Elektromobilität in Berlin teil.
- 28.05. 6. Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt: Schwerpunkt ist eine Zwischenbilanz des Nationalen Aktionsplans Integration, insbesondere zu Themen der Integration in den Arbeitsmarkt.
- Die Bundeskanzlerin und der Bundesumweltminister treffen Schüler aus Hamburg und Mitglieder der Naturschutzjugend Deutschland (NAJU). Sie geben den Startschuss zu zwei "Dreck-weg-

Wochen" im Rahmen der Woche der europäischen Abfallvermeidung 2013 und 2014. Damit wird ein Vorschlag aus dem Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin umgesetzt.

29.05. Die Bundeskanzlerin eröffnet die fünfte UNESCO-Weltsporthministerkonferenz in Berlin. In Deutschland treiben rund 27 Millionen Menschen in 90.000 Vereinen Sport.

Die Bundeskanzlerin empfängt den litauischen Ministerpräsidenten Algirdas Butkevičius zu einem Gespräch über die bilateralen Beziehungen sowie die litauische EU-Präsidentschaft ab 1. Juli.

30.05. Die Bundeskanzlerin trifft in Paris den französischen Staatspräsidenten Hollande. Sie beschließen einen gemeinsamen Beitrag für den Europäischen Rat im Juni 2013 zur Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion.

*Juni 2013*

03.06. Die Bundeskanzlerin empfängt den König der Niederlande, Willem-Alexander, und seine Ehefrau Máxima zu einem Antrittsbesuch in Berlin.

05.06. Das Bundeskabinett beschließt, die Beteiligung der Bundeswehr an der UNIFIL-Mission vor der libanesischen Küste bis zum 30. Juni 2014 zu verlängern.

Beim 1. Internationalen Deutschlandforum diskutiert die Bundeskanzlerin mit über 100 Experten aus dem In- und Ausland im Bundeskanzleramt über das Thema „Was Menschen wichtig ist – Lebensqualität und Fortschritt“. Damit setzt die Bundeskanzlerin einen Vorschlag aus ihrem Zukunftsdialog um.

- 07.06. Die Kanzlerin empfängt den tunesischen Ministerpräsidenten Ali Larayedh zu einem Gespräch über die bilateralen Beziehungen, die aktuelle Lage in Tunesien und den Stand des demokratischen Übergangsprozesses.
- 10.06. Die Bundeskanzlerin empfängt den rumänischen Ministerpräsidenten Victor Ponta zu eine Gespräch über die bilateralen Beziehungen sowie europa- und regionalpolitische Fragen.
- 11.06. Die Bundeskanzlerin spricht zum Baubeginn des Dokumentationszentrums der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Berliner Deutschlandhaus.
- 13.06. Nach dem katastrophalen Hochwasser in Deutschland stellen Bund und Länder insgesamt bis zu acht Milliarden Euro für einen nationalen Aufbaufonds für die Flutschäden zur Verfügung.
- 14.06. Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR. Am 17. Juni findet eine Gedenkveranstaltung mit der Bundeskanzlerin auf dem Friedhof Seestraße in Berlin Wedding statt.
- 17./18.06. G8-Gipfel in Lough Erne in Nordirland: Die Staats- und Regierungschefs befassen sich mit den aktuellen Entwicklungen der Weltwirtschaft, der Bekämpfung von Steuerflucht und Geldwäsche, der Transparenz von Rohstoffabbau und Landtransaktionen. Außerdem Themen: die Terrorismusbekämpfung und die aktuelle Lage in Syrien.
- 18./19.06. Besuch von US-Präsident Obama in Deutschland. Nach Gesprächen mit der Bundeskanzlerin hält Präsident Obama eine Rede am Brandenburger Tor. Er würdigt den Freiheitswillen der Deutschen und kündigt eine Initiative zur atomaren Abrüstung an.

- 21.06. Die Bundeskanzlerin nimmt am „St. Petersburg International Economic Forum“ zum Thema „Lösungen zur Schaffung einer neuen Weltwirtschaft“ teil. Sie trifft auch zu einem Gespräch mit dem russischen Staatspräsidenten Putin zusammen.
- 24.06. Das Bundeskabinett beschließt die Einrichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfefonds“ und einen Nachtragshaushalt 2013 zur Bewältigung der Folgen der Flutkatastrophe.
- 25.06. Die Bundeskanzlerin gibt im Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung ab zur „Hochwasser-Katastrophe und zu Hilfsmaßnahmen für einen schnellen Wiederaufbau“.
- 26.06. Der isländische Staatspräsident Ólafur Ragnar Grímsson ist zu Gast bei der Bundeskanzlerin. Deutschland unterstützt die Beitrittsverhandlungen Islands zur EU.
- Außerdem empfängt die Bundeskanzlerin den tschechischen Staatspräsidenten Miloš Zeman bei seinem Antrittsbesuch in Deutschland.
- 27.06. Die Bundeskanzlerin gibt im Bundestag eine Regierungserklärung zum G8-Gipfel in der Vorwoche sowie zum bevorstehenden Europäischen Rat ab.
- 27./28.06. Europäischer Rat in Brüssel: Die Staats- und Regierungschefs der EU beraten über die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Wachstum. Es geht vor allem um Initiativen zur Verbesserung der Jugendbeschäftigung in der EU.



## **Impressum**

### **Herausgeber**

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

11044 Berlin

Telefon: 030 18 272 0

Fax: 030 18 10 272 0

[internetpost@bpa.bund.de](mailto:internetpost@bpa.bund.de)

**[www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)**

### **Stand**

Juli 2013

### **Verantwortlich**

Uwe Spindeldreier

### **Bildnachweis**

Bundesregierung/Kugler: Titelfoto